

Sonderdrucke aus:

# *Religion im Kaiserreich*

Milieus – Mentalitäten – Krisen

Herausgegeben von

Olaf Blaschke und Frank-Michael Kuhlemann

*Religiöse Kulturen der Moderne*

*Band 2*

Chr. Kaiser  
Gütersloher  
Verlagshaus

## Konfession und Region

### Katholische Milieubildung am Beispiel Fuldas

*Siegfried Weichlein*

Die auffällige Kontinuität des deutschen Parteiensystems zwischen 1871 und dem Ende der Weimarer Republik wird seit längerer Zeit mit der Fragmentierung der deutschen Gesellschaft in sozialmoralische Milieus erklärt. Als Musterfall dieser Milieuthese gilt der Katholizismus. Dafür sprechen Beobachtungen auf drei Ebenen: die lange Dauer und die Höhe der Zentrums-wahlerfolge in den katholischen Gebieten, der hohe Organisations- und Mobilisierungsgrad der Katholiken in ihrem dichten Netz von Vereinen und Verbänden sowie die sozialmoralische Außenabgrenzung. Nahm die ältere Katholizismusforschung noch an, die katholische Teilsellschaft sei ein Ergebnis der Reichsgründungsperiode und des Kulturkampfes, so wandte sich die Forschung in jüngster Zeit intensiv den Milieubildungsprozessen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu. Es konkurrierten zwei Erklärungsmuster miteinander, die sich in der Bewertung der modernisierenden Anteile in der Milieubildung unterschieden. Nach M. Rainer Lepsius trat der katholische Volksteil bereits voll mobilisiert und organisiert in das Kaiserreich ein, »verpflichtet auf eine wesentlich vorindustrielle und vordemokratische Sozialmoral und integriert in eine Subkultur, in der wirtschaftliche und politische Fragen eine mindere Dignität« besaßen.<sup>1</sup> Dieser Akzent auf vor- und antimodernen Traditionen wurde unterdessen durch Arbeiten von Michael N. Ebertz und Karl Gabriel modifiziert. Sie betonten die »vielschichtigen Kompromisse einer temperierten Modernisierung«, die Mischung aus vor- und antimodernen Zwecken und modernen Mitteln, wie sie in der Zentralisierung und Bürokratisierung der katholischen Teilsellschaft zum Vorschein kamen.<sup>2</sup> Für die Zeit des Wilhelminismus hob Wilfried Loth die

1 M. Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 25-50, S. 39. Vgl. auch Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 19-29.

2 Michael N. Ebertz: »Ein Haus voll Glorie schauet ...« Modernisierungsprozesse der römisch-katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, in: W. Schieder (Hg.), Religion und Gesell-

divergierenden sozialen Interessen im Katholizismus hervor, die die Existenz eines einheitlichen katholischen Milieus spätestens in der Phase der Hochindustrialisierung ab 1890 in Frage stellten und nurmehr eine politisch stabilisierte Koalition aus verschiedenen Submilieus zuließen. Loth erweiterte die Diskussion um das katholische Milieu im 19. Jahrhundert um die Frage nach der Prävalenz sozioökonomischer Vergemeinschaftungsmuster gegenüber den soziokulturellen.<sup>3</sup>

Die Erforschung der Entstehungsphase des katholischen Milieus muß daher prüfen, inwiefern es sich überhaupt um ein oder nicht vielmehr um mehrere Milieus entlang sozialer Schichtenkriterien handelte. Waren ideelle oder materielle Interessen ausschlaggebend für die Milieuentstehung? Wo lagen die Konfliktlinien zur Außenabgrenzung, wie wurden sie dramatisiert? Wann stellte der kirchennahe Katholizismus eine geschlossene und einheitlich handelnde Größe dar? Welchen Anteil hatte der Klerus, welchen die Laien in der Phase der Entstehung des katholischen Sozialmilieus? Wie weit reichte der klerikale Einfluß, wie läßt er sich periodisieren? Wo lagen die Zäsuren für Elitenaustausch bzw. -regeneration?

Wenn von Milieus die Rede ist, tritt die räumliche Dimension sozialen Verhaltens hervor. »Räumliche Dimensionen prägen und illustrieren sowohl die Herausbildung wie auch das Abschmelzen des katholischen Milieus in seiner teils »klassisch« genannten Aufspaltung an Geschlossenheit: Ein solch dichtes Milieu gedeiht unproblematischer in ländlich-katholischer Abgeschlossenheit oder auch in Klein-/Mittelstädten, in denen die katholische Bevölkerung dominiert.«<sup>4</sup> Regionalstudien liegen daher in der Natur der Sache. Der Fuldaer Raum war sowohl historisch als auch geographisch relativ deutlich abgrenzbar und erfüllt alle Merkmale einer »historischen

schaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 62–85, S. 63. Vgl. ders.: Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert, in: K. Gabriel/F.-X. Kaufmann (Hg.), Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980, S. 89–111; ders.: Organisation der Massenreligiosität. Soziologische Aspekte der Frömmigkeitsforschung, in: Jahrbuch für Volkskunde N.F. 2 (1979), S. 38–72 sowie Karl Gabriel: Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg i.Br. 1992, S. 69–104.

3 Vgl. *Wifried Loth*: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984, S. 35ff; ders.: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreiches, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 279–310.

4 *Michael Klöcker*: Das katholische Milieu. Grundüberlegungen - in besonderer Hinsicht auf das Deutsche Kaiserreich von 1871, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 44 (1992), S. 241–262, S. 145. Vgl. die Einleitung zu diesem Band sowie die methodischen Präzisionen in: *Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte Münster*: Katholiken zwischen Tradition und Moderne: Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 588–654.

Landschaft.«<sup>5</sup> Der kleinstädtische und ländliche Katholizismus war kein Minderheitenkatholizismus, sondern die einzige Konfession auf seinem Territorium. In der hessischen Geographie der Konfessionen mit ihren scharfen Grenzen zwischen den Konfessionen wirkte die frühneuzeitliche Konfessionsspaltung und die Tradition der geistlichen Territorialherrschaften nach. Es handelt sich im folgenden also um eine Milieuschilderung unter Mehrheitsbedingungen. An der Nahtstelle zwischen Süddeutschland und Preußen angesiedelt bietet sich der organisierte Fuldaer Katholizismus als Untersuchungsgegenstand an, da er als preußischer Teil der oberrheinischen Kirchenprovinz Merkmale der süddeutschen Entwicklung mit denen Preußens verband. Den außerpreußischen Gebieten hierin ähnlich war die »gesellschaftliche Auskristallisierung eines neuen Parteien- und Konfliktsystems« schon vor der Reichsgründung im Bistum Fulda sehr weit fortgeschritten.<sup>6</sup> Auch in seiner Binnendifferenzierung gibt der Fuldaer Katholizismus Auskunft über allgemeine Fragen. In Ostthessen fanden sich neben regionalen Besonderheiten typische Entstehungsmuster des katholischen Makromilieus im Reich. Die Tiefenwirkung von Prozessen der kirchlichen Bürokratisierung, Zentralisierung, Homogenisierung und Verkirchlichung der Volksreligion lassen sich bis in die tiefe Provinz hinein nachweisen. Das Fuldaer katholische Milieu kann zudem auf drei Ebenen betrachtet werden: im engeren Sinne als eine Summe von Mikromilieus, wie Pfarreien oder ländliche Gemeinden, sodann als Mesomilieu, da am Bischofssitz Fulda die organisatorischen Fäden für das gesamte Bistum zusammenliefen. In welchem Mischungsverhältnis standen diese drei Milieuebenen, welche Aggregatform überwog und bildete das organisierende Zentrum?<sup>7</sup>

Unterstellt wird im folgenden eine Mehrdimensionalität des katholischen Sozialmilieus. Außer seiner politischen Ausprägung in der Zentrumsparterie sind für seine Konsistenz und Persistenz mindestens zwei weitere Aspekte entscheidend: zum einen die religiös-lebensweltliche Dimension, die Ritualisierung der Alltagswelt, und zum anderen die intermediäre Ebene der Vereine und Verbände mit ihrer Funktion der Integration, Interessenartikulation und Mobilisierung. Im folgenden geht es vor allem um die Frühphase des katholischen Milieus. Weniger das dichte Netz der katholischen Vereine und Verbände steht im Mittelpunkt, sondern vielmehr die kirchlichen und

5 Zur methodischen Relevanz von Regionalstudien vgl. *Karl Rohe*: Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: D. Oberndörfer/K. Schmitt (Hg.), Parteien und regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 17–37, S. 21.

6 *Rohe*: Wahlen (wie Anm. 1), S. 73–77.

7 Zur begrifflichen Differenzierung zwischen Mikro-, Meso- und Makromilieu vgl. die Einleitung in diesen Band S. 47ff.

lokalgesellschaftlichen Entwicklungslinien, die durch die Identifikation von Religion und Region in einer gleichsam kristallinen Ausgestaltung des katholischen Milieus gipfelten. Die folgenden Ausführungen entsprechen den drei Phasen der Milieuformation. Die binnenkirchliche Homogenisierung nach der Bistumsneugründung 1821 (1) schuf den Resonanzboden für die späteren Phasen der Politisierung in der Reichsgründungsphase (2) und der Organisierung im Zeitalter der politischen Massen (3).

### 1. Die Phase der binnenkirchlichen Homogenisierung

Wie in den süd- und südwestdeutschen Staaten standen auch in Kurhessen Staat und Kirche nach den territorialen Umgruppierungen der napoleonischen Zeit, des Wiener Kongresses und der Fuldaer Bistumsneugründung 1821 vor schwerwiegenden Integrations- und Homogenisierungsaufgaben.<sup>8</sup> Diese politische Integrationsaufgabe wurde vom kurhessischen Staat antiliberal verstanden und entsprechend autoritär gelöst. Kennzeichnend blieb auf staatlicher Seite der Gegensatz zwischen der restaurativen Politik der Kasseler Kurfürsten und den kurhessischen Liberalen. Hinzu kam der konfessionelle Kontrast zwischen dem protestantischen Landesherren und der neu hinzugekommenen katholischen Bevölkerung Osthessens. Innerhalb des Bistums Fulda spielten vorerst noch frühliberale Einflüsse im Fuldaer Klerus eine entscheidende Rolle. Der Klerus und einige mündig werdende Laien paktierten – durch die bürgerliche Emanzipationsbewegung bedingt –

8 Zur Fuldaer Bistumsreorganisation vgl. *Roger Aubert*: Artikel >2. Fulda<, in: Dictionnaire d'histoire et de géographie ecclésiastique, Bd. 19, 1981, Sp. 361-366. Zur Geschichte des Fuldaer Katholizismus im 19. Jahrhundert vgl. *Uwe Zuber*: Staat und Kirche im Wandel. Fulda von 1752 bis 1830, Darmstadt 1993; *Winfried Jestaedt*: Der Kulturkampf im Fuldaer Land, Diss. Fulda 1960. Allgemein zu Fulda im 19. Jahrhundert: *Hans Mauersberg*: Die Wirtschaft und Gesellschaft Fuldas in neuerer Zeit. Eine stadtgeschichtliche Studie, Göttingen 1969 sowie *Anton Hartmann*: Zeitgeschichte von Fulda, Fulda 1895; und *Karl Schäfer*: Die kurhessische Politik in den neu erworbenen fuldischen Landesteilen in den Jahren 1816-1848, in: Fuldaer Geschichtsblätter 33 (1983), S. 41-110 (= Kapitel III, IV und VI aus: *Karl Schäfer*: Die Eingliederung des Hochstiftes Fulda in den kurhessischen Staat 1816-1848, Diss. Marburg 1949). Zum Verhältnis Staat-Kirche in den südwestdeutschland vgl. *Lothar Gall*: Die partei- und sozialpolitische Problematik des badischen Kulturkampfes, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberheims 74 (1965), S. 151-196 sowie *Josef Becker*: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876, Mainz 1973, S. 22-31.

mit dem Frühliberalismus.<sup>9</sup> In Teilen des Klerus fand sich noch die aufklärerische Geringschätzung katholischer Volksreligion, etwa des weit verbreiteten Wallfahrtswesens, an dessen Disziplinierung die Bistumsleitung vergeblich arbeitete.<sup>10</sup> Noch in der Person des ersten nach der Neuerrichtung bestellten Fuldaer Bischofs, Johann Adam Rieger, des vormaligen Kasseler Stadtpfarrers, zeigte sich der enge Handlungsspielraum der Diözesanspitze zwischen Staatskirchentum und kirchlichem Autonomiebestreben. Rieger war nach wiederholten römischen Bedenken erst ernannt worden, als er nicht nur die Kasseler Kirchengesetze, sondern auch deren römische Verurteilung anerkannt hatte.<sup>11</sup> Dominierte in den 1820er Jahren vor allem der Konflikt zwischen restaurativer Territorialmacht und politischem Liberalismus, so brachten die 1830er Jahre eine Neugruppierung der Konfliktlinien entlang der Konfessionsgrenzen. Auslösender Faktor waren die Ereignisse 1830/31, das gemeinsame Insistieren des Landesherren und der nunmehr gestärkten Liberalen auf Regelungen, die die katholische Kirchenverwaltung staatskirchenrechtlich gefügig machen sollten. Vom Domkapitel angetrieben, das zum Träger der traditionell engen Beziehungen nach Rom wurde, widersetzte sich Rieger der am 30. Januar 1830 erlassenen »Landesherrlichen Verordnung« zum staatlichen Aufsichtsrecht über die katholische Kirche. Der Konflikt verschärfte sich, als am 5. Januar 1831 die neue kurhessische Verfassung verkündet wurde. Sie enthielt in Artikel 135 weitreichende Bestimmungen zum Staatskirchenrecht, die dem Staat die Kontrolle über die katholische Kirche zusprachen. Bischof Rieger protestierte förmlich und weigerte sich, den Klerus zu einem Dankgottesdienst aufzufordern, ebenso wie er es für sich und seinen Klerus ablehnte, den Eid auf die Verfassung abzulegen. Seinem Protest schloß sich bemerkenswerterweise schon 1831 der Magistrat in einem Schreiben an die kurhessische Ständeversammlung an, ein Indiz für die frühzeitige gegenseitige Durchdringung von religiöser und regionaler Identität.<sup>12</sup> Ein Teil des Klerus verweigerte völlig den Eid auf die Verfassung, ebenso wie eine Anzahl Laien. Erst auf staatlichen Druck hin leistete die überwiegende Anzahl der

9 Vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 28.

10 Vgl. hierzu *Zuber*: Staat und Kirche (wie Anm. 8), S. 304-314.

11 Rieger galt als »nicht ganz frei vom Geist der Aufklärung und des Josephinismus.« *Stephan Hilpisch OSB*: Die Bischöfe von Fulda von der Gründung des Bistums bis zur Gegenwart, Fulda 1957, S. 24 sowie *Josef Leinweber*: Die Fuldaer Äbte und Bischöfe, Frankfurt a.M. 1989, S. 166.

12 Der Protest galt in erster Linie dem Artikel 30 Satz 2, wonach die Religion nie als Vorwand gebraucht werden dürfe, um sich irgendeiner gesetzlichen Verbindlichkeit zu entziehen, und den Bestimmungen in Artikel 135 c und d, wonach allgemeine Erlasse der Kirchenbehörde, welche rein geistliche Gegenstände betrafen, und die Kommunikation mit Rom der Begutachtung und Einsichtnahme des Staates unterlagen.

nur partiell. Schon lange vor der Politisierung des Milieus in der Reichsgründungszeit hatte sich die Kirche in der Auseinandersetzung mit der Territorialmacht Reservatsrechte gesichert und ihre Autonomie behauptet.<sup>18</sup> Wie in Köln, Trier, Münster und im Fall seines Freiburger Metropoliten geriet auch der Fuldaer Suffragan frühzeitig in einen Gegensatz zum protestantischen Landesherren, was der binnenkirchlichen Revitalisierung und Konsolidierung diente und einen Resonanzboden für spätere Auseinandersetzungen schuf.

Die staatskirchenspolitischen Auseinandersetzungen der 1820er und 1830er Jahre hatten die politische Autonomie der katholischen Kirche nach außen abzusichern geholfen. Dieser Prozeß der äußeren Herrschaftssicherung setzte sich in der Etablierung geistlicher Herrschaft im katholischen Volksteil fort.<sup>19</sup> Geistliche Herrschaft bedurfte aber der Legitimation bzw. des Legitimitätsglaubens. Daher sind im einzelnen traditionale, rationale und charismatische Herrschaftsformen heuristisch zu unterscheiden, wenn sie auch im Falle des Ultramontanismus, der alle drei Formen legitimer Herrschaft umfaßte, kaum zu trennen waren.

Der Prozeß der Tradionalisierung geistlicher Herrschaft verstärkte den »Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltender Traditionen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen.«<sup>20</sup> Die Etablierung traditionaler geistlicher Herrschaft bedingte zum einen die Überwindung der kirchlichen Aufklärung und zum anderen eine Umcodierung der Vergangenheit, um den zentralen Inhalten traditionale Geltung zuzusprechen. Die aufklärten Fürstbischöfe und frühliberale Kleriker hatten die überbordende

18 Vgl. hierzu *Schäfer*: Die kurhessische Politik (wie Anm. 8), S. 97f. sowie *Heilmut Seier*: Modernisierung und Integration in Kurhessen 1803-1866, in: W. Heinemeyer (Hg.): Das Werden Hessens, Marburg 1986, S. 431-479. Liberaler Gegenpol zur Fuldaer Bistumsleitung war der bekannte Marburger Liberale Sylvester Jordan.

19 Zu Kirche als geistlicher Herrschaft vgl. *Ebertz*: Herrschaft in der Kirche (wie Anm. 2), S. 92-94. Kirche darf als geistliche Herrschaft verstanden werden, »weil sie als Trägerin und Vermittlerin von über die Alltags Erfahrung hinausweisendem symbolischem Wissen auftritt und damit an der »anthropologischen Dauerproblematik« von ungleich verteilten Lebenschancen und -abläufen, der Rechtfertigung von Leid und Glück, der für die innere und äußere Handlungsführung sich als defizitär hinsichtlich kausaler und finaler Zurechen- und Berechenbarkeiten von Ereignissen erweisenden anthropologischen Verfassung, generell an dem fundamentalen »Problem der Weltunvollkommenheit« oder der »Theodizee« ansetzt und aus dieser Ressource ihre elementare Dauerenergie bezieht« (S. 92). Das Konzept der geistlichen Herrschaft unterscheidet sich somit grundlegend von dem der geistlichen Macht, das die Zustimmung der Beherrschten nicht voraussetzt und in dem die aus der französischen Aufklärung stammenden Theorie der Priesterherrschaft durch Priesterberuf (Helvetius, Holbach) vertreten wurde.

20 *Max Weber*: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hg. von Johannes Winckelmann, Studienausgabe, Tübingen 1980, S. 124.

Fuldaer Kleriker diesen Eid, jedoch mit Verwahrung gegen den Artikel 135, der die kirchlichen Rechte aus staatlicher Sicht regeln sollte. Die staatskirchliche Seite rückte die Fuldaer Eidverweigerer in die Nähe der Julirevolutionäre von 1830 und sprach von der »revolutionären römisch-katholischen Geistlichkeit«.<sup>13</sup>

Ein weiterer Konfliktfall trat durch die Einrichtung einer katholischen Fakultät an der Marburger Landesuniversität ein. Bischof Rieger widersprach auch hier scharf und bestand auf der Durchsetzung der Zirkumskriptionsbulle von 1821, die die Ausbildung der Priester an bischöflichen Priesterseminaren vorsah. Sein Nachfolger Johann Leonard Pfaff setzte sich mit dieser Linie schließlich durch.<sup>14</sup> Das Verhältnis zum Landesherren wurde zusätzlich durch den bereits in die napoleonische Zeit zurückreichenden Streit um das Eherecht bzw. die Mischehen<sup>15</sup> und den Konflikt um die deutschkatholische Gemeinde in Hanau belastet. Der neue Bischof Pfaff insistierte am 21. April 1837 auf der strengen kirchlichen Mischehenpraxis, wie sie das römische Breve vom 25. März 1830 beinhaltete.<sup>16</sup> Die landesherrliche Aufforderung, sein Schreiben zurückzunehmen, kontierte er mit dem Hinweis auf sein katholisches Bewußtsein und die religiöse Freiheit. Hierauf stellte Kassel seine Angriffe ein. Auch ein 1843 vorgelegtes Gesetzesprojekt zur Mischehenpraxis kam durch den Widerstand katholischer Deputierter und des Bischofs zu Fall. Die anfängliche Unterstützung der deutschkatholischen Gemeinde in Hanau durch untergeordnete Beamte scheiterte am katholischen Protest und an politischen Beweggründen der Kasseler Regierung.<sup>17</sup> In den Auseinandersetzungen zwischen Fulda und Kassel sicherte aufs ganze gesehen die Bistumsleitung ihre Rechte. Die Integration der Fuldaer Katholiken in ein staatlich homogenes Kurhessen gelang daher

13 Der Canonische Wächter 2 (1831), S. 193ff. zit.: *Winfried Leinweber*: Die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Marburg 1831-1833, in: H. Wagner (Hg.): Christentum und nichtchristliche Religionen, Paderborn 1991, S. 163-184, S. 170. Zur eingeschränkten oder verweigerten Eidesleistung des Fuldaer Klerus vgl. *Rainer Polley*: Die Vereidigung des kurhessischen Volkes auf die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 32 (1982), S. 271-287, S. 284. *Philipp Loch*: Geschichte des Kurfürstentums 1803-1866, Marburg 1922, S. 162 sowie *Schäfer*: Die kurhessische Politik (wie Anm. 8), S. 70.

14 Vgl. hierzu *Carl Mirbr*: Die katholisch-theologische Fakultät zu Marburg. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche in Kurhessen und Nassau, Marburg 1905, S. 79 sowie *Leinweber*: Die Kathologisch-Theologische Fakultät der Universität Marburg 1831-1833 (wie Anm. 13).

15 Vgl. hierzu *Zuber*: Staat und Kirche (wie Anm. 8), S. 353-370.

16 Zum Streit um die Mischehen und zum Kölner Ereignis vgl. *Ernst-Rudolf Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. II, Mainz 1988, S. 185-262.

17 Zum Mischehenkonflikt in Fulda vgl. *Schäfer*: Die kurhessische Politik (wie Anm. 8), S. 93f.

Vielzahl an volkreiligen Riten noch vergeblich zurückzudrängen versucht.<sup>21</sup> Eine Vielzahl von weltlichen und kirchlichen Feiertagen, wie etwa der in der ländlichen Bevölkerung begangene Caecilientag (22. November) oder der St. Gregoriantag (12. März), wurzeln tief in der lokalen Volkskultur, genauso wie vielerlei Bittage und ein umfangreiches Wallfahrtswesen.<sup>22</sup> Zudem waren durch die Neumschreibung des Bistums 1821 unterschiedliche liturgische und Frömmigkeitstraditionen zusammengekommen. Nunmehr ging die Kirchenleitung nicht mehr auf Konflikte zu ausserhalb der Volksreligiosität, sondern war bestrebt, sie zu verkirchlichen, d.h. der Regelungskompetenz der kirchlichen Zentralinstanz zu unterstellen. Dies erforderte einen rationalisierenden Regelungsschub. Als erstes vereinheitlichte Bischof Pfaff 1844 die liturgischen Traditionen der heterogenen, ehemals mainzischen, würzburgischen und altfuldischen Bistumsgebiete durch die Herausgabe eines Direktoriums für das gesamte Bistum, das die Feiertage und Gottesdienstordnungen verbindlich regelte.<sup>23</sup> Um die Jahrhundertmitte gelang die allmähliche Verkirchlichung der vor allem in der ländlichen Bevölkerung weit verbreiteten volkreiligen Praktiken. Bischof Christoph Florentius Kott führte jährliche Exerzitien des Seelsorgeklerus neu ein. Volksmissionen wurden seit 1851 in der Bonifatiusstadt von Jesuiten abgehalten, die einschließlich ihrer umfangreichen Vor- und Nachbereitung und den der Langzeiterinnerung dienenden Missionskreuzen zur breiten wirksamen Durchsetzung kirchlich normierter und neuformierter Frömmigkeitsriten beitrugen.<sup>24</sup>

Legitime geistliche Herrschaft setzte zugleich ihre Charismatisierung voraus, also die Steigerung der »außeralltäglichen Hingabe an die Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person oder der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen«.<sup>25</sup> Heiligkeit und Heldenkraft einer Person konnten im katholischen Rahmen doppelt konnotiert werden: zum einen mit der starken Lokaltradition des »Apostels der Deutschen« Winfried-Bonifatius, zum anderen mit der Spitze der katholischen Ämterpyramide, dem Papst.

Der Kult des »Apostels der Deutschen« Bonifatius verband mehr noch als die Marien- und Herz-Jesu-Frömmigkeit<sup>26</sup> die lokale Ebene mit der

21 Vgl. hierzu Zuber: Staat und Kirche (wie Anm. 8), S. 107-123.

22 Eine Schilderung volkreiliger Praktiken in der Rhön bei Leopold Höhl: Rhönspiegel. Kulturgeschichtliche Bilder aus der Rhön. Arbeit, Sitten und Gebräuche der Rhöner, Würzburg 1892, S. 135-183.

23 Leinweber: Die Fuldaer Äbte und Bischöfe (wie Anm. 1), S. 168.

24 Zu den Volksmissionen in Fulda vgl. Jestaedt: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 30 sowie Hartmann: Zeitgeschichte von Fulda (wie Anm. 8), S. 115.

25 Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 20), S. 124.

26 Vgl. hierzu den Beitrag von Norbert Busch in diesem Band, S. 136-165.

nationalen. Gleichzeitig verkirchlichten und zentralisierten die einsetzenden Bonifatiuswallfahrten im Sommer das Wallfahrtswesen. Die Bonifatiusverehrung kann als Musterfall einer binnenkirchlichen Standardisierung der Frömmigkeitstraditionen und damit einer Verkirchlichung der Religion dienen. In ihr wurde der lokale Katholizismus religiös auf den Bischofssitz hin ausgerichtet. Die Verehrung des »Apostels der Deutschen« bot zudem den unschätzbaren Vorteil eines katholischen Surrogates für die mit dem anathema belegte liberale Nationalstaatsbewegung.

Seit der Neugründung des Bistums Fulda bestanden Pläne zu einem großen Bonifatius-Denkmal in der Bischofsstadt. Der 1828 gegründete »Verein zur Errichtung eines Denkmals des heiligen Bonifatius« konnte 1842 die Einweihung durch Bischof Johann Leonhard Pfaff feiern. Denkmalsbau und die symbolische Inszenierung blieben im wesentlichen städtischen Honorartionen vorbehalten, die den Vereinsvorstand besetzten.<sup>27</sup> Diese Frömmigkeitstradition kulminierte im Bonifatius-Jubiläum von 1855, einem weithin beachteten Markstein der bonifatianischen Renaissance des 19. Jahrhunderts. In seiner Liturgie und Symbolik band das dreiwöchige Bonifatiusfest, das von einem Komitee aus Stadträten und hohen Klerikern vorbereitet wurde, lokale Traditionen in eine übergreifende Frömmigkeitskultur des deutschen Katholizismus ein. Die Anwesenheit fast aller deutschen Bischöfe und des Bonifatiuslied, die »Fuldaer Nationalhymne«, symbolisierten den Zusammenhalt aller deutschen Katholiken. Die Attraktivität der Bonifatiusverehrung ergab sich nicht nur aus der nationalen Missionsmetaphorik, mit der die Katholiken auf die Herausforderung des liberalen Nationalstaates antworten konnten. Die Leidenssymbolik des Märtyrers Bonifatius mit Andachtsbuch und Dolch eignete sich für vielfältige aktuelle Nutzenwendungen. Das bonifatianische Liedgut gibt Auskunft über die Breitenwirkung dieser religiös-politischen Einstellungsmuster, die hier ihren religiös-liturgischen Niederschlag fanden und durch ständige Wiederholung in das lokale und regionale Bewußtsein eindringen:

»Dein Deutschland woll' st anschauen, o Vater hochgeehrt.  
Bitt Gott, er woll' aufbauen, was uns der Feind zerstört.  
Im Weinberg, den mit Fleiße, du bis zum Tod gepflegt,  
das Unkraut bald ausreißt, des er gar vieles trägt.  
Das Ketzertum ausreute, weil's Gott zuwider ist,  
die alte Lehr ausbreite, besieg des Feindes List.«<sup>28</sup>

27 Vgl. Otto Berge: 125 Jahre Bonifatiusdenkmal in Fulda. Beiträge zu seiner Entstehung, in: Buchenblätter 40 (1967), S. 66.

28 Gessang- und Gebetbuch für die Diözese Fulda, Fulda 1890, S. 152.

1856 versammelte sich der deutsche Episkopat vollzählig am Bonifatiusgrab in Fulda, was sich 1858 und 1860 wiederholte. Die deutschen Bischöfe trafen sich seit 1867 zunächst alle zwei Jahre, ab 1884 dann jährlich zur Herbstvollversammlung in Fulda.<sup>29</sup> In der symbolischen Inszenierung des Bonifatiuskultes und der Wahl Fuldas zum Versammlungsort der deutschen Bischöfe trat Fuldas Einbindung in das katholische Makromilieu hervor, das diese Frömmigkeitstradition rezipierte. So verfaßte etwa der badische katholische Politiker Franz Joseph Ritter von Buss eine Bonifatiusbiographie.<sup>30</sup> Auf die polemisch-integrierende Funktion des Bonifatiuskultes deutet die Erhebung des Bonifatiusgedenkfestes zum gesamtkirchlichen Feiertag (*festum duplex* mit *officium* und *missa propria*) auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes im Jahr 1874 hin.<sup>31</sup> An diesen Zusammenhang knüpfte der Name der Fuldaer Kirchenzeitung »Bonifatiusbote« genauso an wie – mit polemischer Stoßrichtung – die liberale Presse, die in Fulda die »Metropole der katholischen Bewegung in Deutschland« sah.<sup>32</sup> Fulda wurde sich wiederholt zum Schauplatz von Protestaktionen und Mobilisierungen der Katholiken in kirchlichen Fragen. So versammelten sich am 12. und 13. Oktober 1870 in Fulda »gegen 1.500 auswärtige Besucher aus Deutschland, selbst aus den Niederlanden, aus Polen und der Schweiz, darunter die Notabilitäten des katholischen Deutschlands ..., um eine Kundgebung gegen die Vergewaltigung des Hl. Vaters in Szene zu setzen.«<sup>33</sup> Daher konnte die »Vossische Zeitung« 1874 sogar davon sprechen, daß »Fulda .. nun einmal das vom Vatican selbst anerkannte Zentrum der ultramontanen und reichsfeindlichen Agitation in Deutschland« sei.<sup>34</sup>

Gerade die letzten Beispiele zeigen, wie sehr die in kirchliche Regie genommene Volksreligiosität durch die traditionell enge Verbindung Fuldas zu Rom der Charismatisierung des Papstbildes den Boden bereitete. Die

29 Zum Fuldaer Bonifatiusfest 1855 vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 30f. sowie *Hartmann*: Zeitgeschichte von Fulda (wie Anm. 8), 115f., *Stephan Hilpisch OSB*: Die erste Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1867, in: Fuldaer Geschichtsblätter 43 (1967), S. 139-144, *Christoph Weber*: Die Fuldaer Stadtverwaltung und das Bonifatiusjubiläum im Jahre 1855, in: Fuldaer Geschichtsblätter 30 (1954), S. 206-227 und *Ludwig Lenhart*: Die Bonifatius-Renaissance des 19. Jahrhunderts, in: Sankt Bonifatius. Gedenkgabe zum zweifelhundertsten Todestag, Fulda 1954, S. 533-585.

30 Vgl. *Franz Joseph Ritter von Buss*: Winfrid-Bonifatius, hg. von Rudolf Ritter von Scherer, Graz 1880.

31 Vgl. *Lenhart*: Bonifatius-Renaissance (wie Anm. 29), S. 537.

32 Zitat aus der Berliner »Tribüne«, zit. in: Fuldaer Zeitung, 11.8.1874.

33 *Joseph Johannis*: Chronica Fuldensis 1802-1895, Ad 1869, S. 86, 88 in: Bibliothek des Bischöflichen Priesterseminars Fulda (im weiteren: *Chronica Johannis*), Ad 1870, S. 108. Hauptredner dieser Veranstaltung war der Mainzer Domkapitular Christoph Moufang, der über die »gewalttätige Enthronung des Papstes« sprach.

34 zit. in Fuldaer Zeitung, 12.9.1874.

religiös-kirchliche Homogenisierung transportierte einen scharfen Ultramontanismus, dessen Breitenwirksamkeit etwa in der Feier des fünfzigjährigen Priesterjubiläums Pius' IX. am 11. April 1869 sichtbar wurde. Wie kaum ein anderer Anlaß zeigte diese Papstfeier, wie stark sich kirchliche und regionale politische Identität gegenseitig durchdrungen hatten. Die Schilderungen der einzelnen Feierlichkeiten stellten vor allem den sozial und sogar konfessionell übergreifenden Charakter der Papstfeier heraus:

»Mit Ausnahme der Staatsgebäude waren beinahe alle Häuser Fuldas durch Flämmchen an den Fenstereinfassungen oder durch Lichter in den Fenstern decorirt, und Protestanten wie Juden wetteiferten mit ihren katholischen Mitbürgern. Die ärmsten Leute in den entlegensten Stadtvierteln (Eisfeld, Tränke u.a.), wenn sie noch über ein Fensterchen zu verfügen hatten, hatten ihre Lichterchen angebracht.«<sup>35</sup>

Die Trägerschicht des ultramontanen Gedankens waren junge Kleriker. Ultramontanisierung und Klerikalisierung gingen Hand in Hand und prägten die Priestergenerationen ab Mitte der 1850er Jahre. Daher kommt als dritter Teilprozess der Etablierung geistlicher Herrschaft die Einrichtung neuer Institutionen, einer innerkirchlichen Bürokratie sowie eines neuen Ausbildungssystems in der Mitte des 19. Jahrhunderts hinzu. Bischof Kött erweiterte 1851 das Priesterseminar, indem er es in eine untere Abteilung mit Gymnasialunterricht und eine obere Abteilung zum Studium der Philosophie und Theologie aufteilte. Für die untere Abteilung, das bischöfliche Knabenkonvik, konnte der juristisch geschulte Bischof unter den Vorzeichen der gestiegenen antirevolutionären Rolle der katholischen Kirche nach 1848 volle kirchliche Freiheit erreichen. Gleichzeitig begann Kött damit, Seminaristen in Rom ausbilden zu lassen.<sup>36</sup> Die zentralisierende Reform der Ausbildung des Fuldaer Klerus setzte sich im Ausbau hierarchisch geordneter Diözesanbehörden zur effektiven Leitung der weit verstreuten Diözese fort. Die straff geführte Diözesanverwaltung verband Verwaltungssachverständigen mit (kirchen-)rechtlich abgesicherter Entscheidungsgewalt und wurde zum organisatorischen Rückgrat der inneren Homogenisierung der Diözese.<sup>37</sup>

35 *Chronica Johannis* (wie Anm. 33).

36 Schon im Vormärz hatte Bischof Johann Leonhard Pfaff das katholische Volksschulwesen in der Diaspora ausgebaut und ein katholisches Lehrerseminar gegründet. 1833 erließ Pfaff neue Statuten für das Priesterseminar und löste damit diejenigen seines Vorgängers von 1829 ab. Vgl. *Stephan Hilpisch OSB*: Geschichte des Fuldaer Priesterseminars, Fulda 1962, S. 16-18; *Leinweber*: Die Fuldaer Äbte und Bischöfe (wie Anm. 11), S. 168 sowie *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 29.

37 Ähnlich seinen Nachbarbistümern in der oberheinischen Kirchenprovinz erhielt Fulda ein Bischöfliches Generalvikariat. Bis 1889 war es personell auf einen Generalvikar, fünf Räte sowie einen Sekretär und Registrator, einen Probanden und drei Kanzleiangestellte angewachsen. Dieses Gremium diente der engeren Verwaltung der Diözese. Das Bischöfliche

Seit den 1860er Jahren beherrschten in Fulda wie andernorts vor allem junge Kapläne die kirchliche Szene, die eine stramm ultramontane Ausbildung erhalten hatten. Sie waren nach 1840 geboren und hatten im Knabendienste unter der Aufsicht ultramontaner Lehrer gestanden. Nach der Studienreform der frühen 1850er Jahre stellten sie die erste Generation mit einer integralen klerikal-kirchlichen Sozialisation dar. Ihr Einfluß prägte das weitere Geschehen weit über den Kulturkampf hinaus. So war ein knappes Drittel des Fuldaer Klerus von 1889 zwischen 1840 und 1849 geboren und in den Jahren von 1860 bis 1869 geweiht worden.<sup>38</sup> Vorreiter und gleichzeitig äußerste Verkörperung der ultramontanen Priestergeneration war der Regens des Fuldaer Priesterseminars, Georg Ignaz Komp. Als Germaniker (1850 – 1853) gehörte er zu den jesuitisch geformten kirchlichen Eliten mit zusätzlicher Sekundärausbildung an der Gregoriana. Komp übernahm 1861 – erst 33jährig – die Leitung des Fuldaer Priesterseminars und wurde zum Wortführer der Fuldaer Ultramontanen – vor Ort auch »Ultrafuldane« genannt. Er war der führende Kopf des frühen politischen Katholizismus in der Bischofsstadt.<sup>39</sup> Auch für Fulda galt, was in Essen, Bayern und Schlesien zu beobachten war, »daß nämlich ein jüngerer und unterschieden ultramontan gesinnter Pfarlerus das eigentlich aktive Element der katholischen Bewegung auf lokaler Ebene darstellte, während der ältere und der höhere Klerus, wohl nicht nur aus staatsmännischer Vorsicht, sondern auch aufgrund einer anderen Generationsprägung, zu größerer Zurückhaltung« neigte.<sup>40</sup> So gehörte der Fuldaer Bischof Florentinus Kött zu derjenigen Gruppe im Episkopat, die das Unfehlbarkeitsdogma des Ersten Vaticanums ablehnten. Er revidierte seine Meinung erst unter dem Einfluß

Konsistorium fungierte zum einen als Beratungsgremium des Bischofs, zum anderen als Rechtsbehörde. Vgl. hierzu den Schematismus der Diözese Fulda 1889, Fulda 1889, S. 6 sowie die Studie des Sekretärs des bischöflichen Generalvikariates zu Fulda *Joseph Müller*: Die Bischöflichen Diözesanbehörden insbesondere das bischöfliche Ordinariat, Stuttgart 1905, S. 38f.

38 Dies ergab eine Auswertung des Schematismus der Diözese Fulda von 1889 (wie Anm. 37).

39 In einem Schreiben von Lucanus an Bismarck vom 30.9.1887 in der Frage der Fuldaer Neubesetzung 1887 wird Komp als »fanatischer Anhänger der schroffsten ultramontanen Richtung« charakterisiert, was ihm in den Jahren 1874 und 1881 die Ablehnung als Bischofskandidat für Fulda und 1882 für Freiburg eintrug. *Erwin Gatz*: Zur Neubesetzung der Bistümer Limburg und Fulda 1885-1887, in: Römische Quartalschrift 71 (1976), S. 78-112, S. 110. 1894 wurde er in fortgeschrittenem Alter noch Bischof von Fulda. Er war zugleich der erste Germaniker auf einem preußischen Bischofsstuhl.

40 *Rohe*: Wahlen (wie Anm. 1), S. 74.

»stramm ultramontaner Geistlicher, namentlich Komp, Regens des Priesterseminars«.<sup>41</sup>

Die Bindung der Fuldaer Katholiken an ihren Klerus und die damit gekoppelte soziale Tiefenwirkung der Ultramontanisierung des Fuldaer Katholizismus wurden erleichtert durch die soziale Breitenstreuung des Priesterwachstums. Alle Bischöfe und fast alle führenden Kleriker in der Bistumsleitung entstammten seit der Wiedererrichtung des Bistums 1821 bürgerlichen und teilweise unterbürgerlichen Schichten, was einen denkbar scharfen Kontrast zu dem 1803 unrühmlich zu Ende gegangenen Fürstbistum bildete. Dessen Führung hatte sich aus einer dünnen katholischen Adelschicht rekrutiert.<sup>42</sup> Die Bischöfe seit Johann Adam Rieger entstammten zumeist einheimischen mittelständischen Schichten. Ähnliches galt für die gesamte klerikale Führungsschicht des Bistums. Die Klerikalausbildung stellte in der gewerbetarbenen und infrastruktureltschwachen osthessischen Region oftmals die einzige Möglichkeit zum sozialen Aufstieg dar. Die Attraktivität des Priesterberufes und damit die Verbreitung eines klerikalisierten Kirchenbildes in breiten Schichten des osthessischen Katholizismus verdankte sich der sozialen Durchlässigkeit des Klerikerberufes, der keine Standesschranken und Besitzklauseln kannte. Gerade die soziale Durchlässigkeit des »plebejischen« katholischen Klerus stellte einen der wichtigsten Mechanismen zur innerkirchlichen Homogenisierung dar. Viele Kleriker waren durch ihre Herkunft auf das engste mit den Nöten und Sorgen der überwiegend ländlichen Bevölkerung vertraut.<sup>43</sup> Damit verbunden war die

41 *Johannes Friedrich von Schulte*: Der Altkatholizismus, Gießen 1887, S. 184. Zur Haltung des Fuldaer Bischofs Kött gegenüber dem Unfehlbarkeitsdogma vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 43, S. 45. Auch der Fuldaer Professor für Philosophie, Dogmatik und Neues Testament Reinerding sprach sich gegen die Infallibilität aus. Zumindest einer der älteren Bistumskleriker, der 1877 gestorbene Domkapitular Georg Malkmus, scheint sich nach einem Gesuch des Landrates Cornelius an Kultusminister Falk regierungsfreundlich verhalten zu haben. Vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 105.

42 Lediglich zwei Kleriker in der neuen Bistumsleitung kamen noch aus dem ehemaligen Benediktinerkonvent, hatten jedoch ihr Ordensgewand abgelegt. Vgl. *Hilpisch*: Die Bischöfe von Fulda (wie Anm. 11), S. 23f. Die Väterberufe der Fuldaer Bischöfe seit 1821: zwei Bäcker, ein Dachdeckermeister, ein Militärkapellmeister und ein Arzt. Die beiden Bischöfe der Wilhelmischen Epoche und der Weimarer Republik kamen aus unterbürgerlichen Schichten. Der spätere Fürstbischof von Breslau Kopp, der - aus Hildesheim kommend - 1881 die lange Sedisvakanz in Fulda beendete, entstammte gleichfalls dürftigen Verhältnissen.

43 Vgl. hierzu die vergleichbaren Befunde für Baden bei *Gall*: Problematik (wie Anm. 8), S. 172 sowie bei *Josef Mooser*: Arbeiter, Bürger und Priester in den konfessionellen Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, 1880-1914, in: J. Kocka (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986, S. 80-105, S. 103f.



breite regionale Streuung in der Herkunft des Klerus. Im Domkapitel, dem hohen Klerus und dem Fuldaer Professorenkollegium waren nicht nur alle sozialen Schichten sondern auch alle Regionen des Bistums vertreten. Zu diesen innerkirchlichen indirekten Partizipationssträngen kam die frühzeitige Mobilisierung der Fuldaer Katholiken in Pius-, Vinzenz- und Bonifatiusvereinen, die seit 1849 Frühformen und Keimzellen des katholischen Vereinswesens bildeten.<sup>44</sup> Gerade die Klerikalisation kann als wichtiger sozialer und regionaler Repräsentationsmechanismus verstanden werden, der die Identität von Region und Religion genauso beförderte wie die katholische Binnenhomogenisierung. Diese indirekten Partizipationsmöglichkeiten gewannen umso mehr an Gewicht, als die politische Teilhabe in Preußen und im Reich lange Zeit vergleichsweise bescheiden blieb. Auf den beiden Integrationsebenen des Territorialstaates und der Konfession konnte die katholische Kirche bis 1866 auf größere Erfolge als der Territorialherr verweisen. Günstige Rahmenbedingungen erleichterten die Binnenhomogenisierung bis hin zur Selbstabschottung. Der konfessionelle Gegensatz zum Kasseler Territorialherrn konnte je nach Lage und Bedarf in einen politischen übersetzt werden und umgekehrt, da aus Fuldaer Sicht der Liberalismus in Gestalt der »Hessischen Morgenzeitung«, der Protestantismus und der Kurfürst als transformierende und identitätsbedrohende Richtungen miteinander identifiziert wurden.

Die Attraktivität des Ultramontanismus erklärt sich auch aus seiner Variabilität in den politischen Strategien und der unterschiedlichen Instrumentalisierbarkeit. Er konnte sich als kirchliche Hierarchisierungsstrategie je nach der lokalen Gegengröße mit wechselnden Partnern verbinden. So wurde er aus der Sicht der »Hessischen Morgenzeitung« mit der baren Reaktion identifiziert, während staatliche Einschätzungen ihm revolutionäre Gesinnungen unterstellten.<sup>45</sup> Ständisch-konservative Parolen fanden sich im Ultramontanismus genauso wie plebiszitär-partizipatorische. Einmal charismatisch legitimiert, kam den Führern der ultramontanen Bewegung eine große Autonomie zu im politischen Gestaltungs- und Führungswillen. Bereits vor dem Kulturkampf waren so wesentliche Voraussetzungen und Trennlinien für die Binnenkonstitution und die Außenabgrenzung des katholischen

44 Vgl. *Josef Hans Sauer*: Fuldas Katholiken im »stürmischen Jahr« 1848. Die Entstehung des Pius-, Vinzenz- und Bonifatiusvereins vor 100 Jahren, in: Fuldaer Zeitung 4.7.1948 und 18.7.1948.

45 Der Landrat des Kreises Gersfeld meinte hierzu in seinem Bericht vom 30. November 1873, die katholischen Geistlichen würden von keinem Mittel zurückschrecken, »wenn es sich darum handelt, die Macht des Staates zu untergraben und ihre Gewalt, die sie nach allen Seiten hin mißbrauchen, wiederherzustellen.« Generalbericht des Landrates Ochs des Kreises Gersfeld an die Regierung in Kassel vom 30.11.1873, in: Hessisches Staatsarchiv Marburg Best. 167, Nr. 267.

schon Sozialmilieus zutage getreten, die in den politischen Auseinandersetzungen nach 1871 dramatisiert und politisiert werden konnten.

## 2. Die Phase der Politisierung des Milieus

Mitten in die Hochzeit des Ultramontanismus fiel 1866 eine politische Zäsur, die die religiös motivierte Konfliktlage in einen scharfen politischen Gegensatz übersetzte. Gleichzeitig erhielt die Binnenhomogenisierung dadurch neue Schubkraft. Kurhessen und mit ihm das katholische Fulda wurden im Gefolge des preußisch-österreichischen Krieges von Preußen annektiert. Die neuen preußisch-protestantischen »Herren« mit ihrer konsquenten wirtschaftlichen Modernisierungsstrategie konnten im noch schwachen Wirtschaftsbürgertum der Provinz Hessen-Nassau zwar auf eine gewisse Sympathie rechnen, zumal sich der letzte Kurfürst durch Gewerbe- und Kapitalimportfeindlichkeit ausgezeichnet hatte. Die neue preußische Verwaltung forcierte die Modernisierung in Wirtschaft und Verwaltung.<sup>46</sup> Die wenigen frühen Profiteure dieser Politik saßen in der Bezirkshauptstadt Kassel, in Nassau und in Frankfurt am Main, kaum hingegen in Fulda. Der Anbruch einer neuen Zeit wurde offensichtlich in der Eröffnung der neuen Eisenbahnlinie von Fulda nach Bebra, die dem Gewerbe neuen Aufschwung gab und den preußischen Herrschaftsantritt als wirtschaftlich-modernisierende Zäsur markierte. Im Fuldaer Wirtschaftsleben traten zum gleichen Zeitpunkt tiefreichende strukturelle Änderungen ein: die Zünfte wurden zum 1. April 1867 aufgehoben. Für die allgemeine Stimmung war aber mindestens ebenso wichtig, daß die Lebensmittelpreise anstiegen, eine Folge der Abschaffung polizeilicher Taxen auf Brot, Fleisch und Bier. Die Gewerbefreiheit hielt Einzug und die Freizügigkeit erlaubte fortan jedermann den Zuzug. Begleitet wurden diese Neuerungen von einer Vielzahl neu zu entrichtender Steuern. Die Annexion durch Preußen ging für Fulda zudem einher mit dem Verlust des Status als mittleres Verwaltungszentrum. Fulda verlor ein Obergericht, die Provinzialregierung und die Garnison. Außerdem wurde nun vor- und nachmittags unterrichtet, was zuvor nicht

46 Zur kurhessischen Wirtschaftsgeschichte vgl. *Hans-Werner Hahn*: Der hessische Wirtschaftsraum im 19. Jahrhundert, in: W. Heinemeyer (Hg.): Das Werden Hessens, Darmstadt 1986, S. 389-429 sowie *Ulrich Mörker*: Nordhessen in der industriellen Revolution, Köln 1977 und *Kurt Eiler* (Hg.): Hessen im Zeitalter der industriellen Revolution, Frankfurt a.M. 1984.

der Fall war.<sup>47</sup> Die meisten Einwohner Fuldas empfanden die Annexion nicht als Gewinn. Quer durch alle Schichten in Stadt und Land ging der Unmut über die neue Regelungsflut. Lediglich die Fabrikanten und Kaufleute konnten sich einige wirtschaftliche Vorteile durch den zu erwartenden Aufschwung der Gewerbe- und Geschäftstätigkeit erhoffen. Der alteingesessene Mittelstand und das Landvolk reagierten auf diese Neuerungen eher abweisend, gefährdeten sie doch die traditionale Wirtschafts- und Sozialstruktur.<sup>48</sup> Bereits unmittelbar nach der preußischen Annexion kam es zu den ersten kirchenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der Fuldaer Bisumsleitung und der neuen preußischen Verwaltung über die Durchführung von Volksmissionen. Bischof Kött wurde am 24. November 1866 vom Departement des Inneren der neuen Kasseler Regierung in scharfer Form aufgefordert, sich über die Berufung von ausländischen Jesuiten zu Missionspredigten nach Fulda zu rechtfertigen.<sup>49</sup> Er vermied es, die Angelegenheit öffentlich bekannt zu machen, »um einer bei dieser Situation nicht unwahrscheinlichen schmerzlichen Erregung der katholischen Bevölkerung zuvorzukommen«<sup>50</sup> und wandte sich am 1. Dezember 1866 an das Berliner Kultusministerium mit der Bitte um Abhilfe. Die preußische Administration beharrte jedoch auf dem im Zirkularerlaß vom 25. Februar 1852 festgelegten Standpunkt, ausländische Priester ausweisen zu dürfen und Volksmissionen in mehrheitlich evangelischen Gebieten restriktiv zu handhaben, um konfessionelle Zwietracht zu verhindern.<sup>51</sup> Kött, der vor seiner Wahl

47 Eine detaillierte Schilderung der Veränderungen im Steuerwesen, der Verwaltung, dem Justizapparat und dem Militär in Fulda nach der Annexion 1866 in: *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), S. 66-68.

48 Zur Umstrukturierung der gewerblichen Wirtschaft Fuldas vom Handwerk zur Industrie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vgl. *Mauersberg*: Wirtschaft und Gesellschaft Fuldas (wie Anm. 8), S. 153-171.

49 Schreiben der Königlichen Administration in Kurhessen / Abtheilung des Inneren an Bischof Kött vom 24.11.1866, in: Bistumsarchiv Fulda Best.420-01 Fasz. »Volksmissionen«.

50 Schreiben von Otto Trost zu Solz an Karl Friedrich von Savigny vom 6.12.1866 in: *Willy Real* (Hg.): Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys, Paderborn 1988, S. 57f., S. 57.

51 »Ein Auftreten der Missionare wird aber überhaupt nicht geduldet werden können in katholischen Gemeinden, welche mitten in rein evangelischen Provinzen zerstreut liegen, weil der Verdacht nahe liegt, daß hier andere Zwecke, als eine Einwirkung auf diese katholischen Gemeinden, verfolgt werden sollen.« Abschrift des Erlasses des preussischen Kultusministeriums vom 22.5.1852, in: Bistumsarchiv Fulda Best. 420-01 Fasz. »Volksmissionen«, auch in: *Ernst-Rudolf Huber/Wolfgang Huber* (Hg.): Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd.II, Berlin 1976, S. 71f., S. 71). Schreiben von Bischof Kött an den preußischen Kultusminister Mühlert vom 1.12.1866 sowie die Antwortschreiben Mühlerters vom 17.12.1866,

zum Bischof von Fulda Kasseler Stadtpfarrer gewesen war, sah damit seine Linie der einvernehmlichen Regelungen mit den staatlichen Stellen im Sinne der gemeinsamen antirevolutionären Ausrichtung diskreditiert.

Die Verschärfung der religiös-politischen Konflikte fiel mit der Einführung des allgemeinen gleichen Männerwahlrechtes für die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867 zusammen. Der noch vorpolitische Protest katholischer mittelschichtlicher Schichten gegen die preußisch-obrigkeitsstaatlichen Transformationsbestrebungen stellte eine günstige Ausgangsbedingung für eine katholischen Partei dar, die den politischen Partizipationsgewinn rasch für sich zu nutzen wußte. Das tendenziell egalitäre allgemeine gleiche Männerwahlrecht verschaffte gerade denjenigen Schichten politische Geltung, deren Religiosität über zahlreiche Integrationsbemühungen verkirchlicht worden war. An der Loyalität der ostheussischen Unterschichten zur Kirchenführung konnte kein Zweifel bestehen, nachdem Region und Religion in langen Jahren der Auseinandersetzung mit dem Territorialherren eine enge Verbindung eingegangen waren. Unbeabsichtigt half die politisch modernisierende Wirkung des neuen Reichstagswahlrechtes den Protagonisten einer katholischen Subgesellschaft. Auch in Fulda gab es eine katholische Wählerschaft bereits vor der Gründung einer katholischen Partei.<sup>52</sup>

Die Aufgabe, eine eigenständige katholisch-politische Repräsentation zu organisieren, fiel der katholischen Casino-Bewegung zu. Diese aus Baden stammende Vorform des politischen Katholizismus etablierte sich im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Januar 1867 auch in Fulda in Gestalt des Fuldaer »schwarzen Casinos«, der Männergesellschaft MN<sup>53</sup>. Sie organisierte katholischerseits die Wahlvorbereitung und Agitation. Die Zusammensetzung der Gründungsversammlung spiegelte die Allianz zwischen der ultramontanen Geistlichkeit und der lokalen Honoratiorenschicht. Zu den Gründungsmitgliedern zählten 16 Laien und fünf Kleriker, angeführt vom ultramontanen Regens Komp und dem Dompräbendaten Karl Braun. Unter den Bürgerlichen fanden sich v.a. Vertreter des Bildungsbürgertums, also Lehrer und Juristen. Hinzu kamen vier Fabri-

des Kasseler Regierungspräsidenten von Möller vom 4.3.1867 und die Abschrift des Erlasses vom 25.2.1852 in: *Huber/Huber*: Staat und Kirche Bd.II (wie Anm. 51), S. 70f.

52 Die These wird am Beispiel des nördlichen Rheinlandes und Westfalens entfaltet bei *Jonathan Sperber*: Popular Catholicism in Nineteenth Century Germany, Princeton 1984, S. 138f. Zur Ausbildung eines katholischen politisch-sozialen Milieus vgl. *Rohe*: Wahlen (wie Anm. 1), S. 73-83.

53 Der Zusatz »MN« bedeutete Monte Nuovo und bezog sich auf das Versammlungslokal am »Neuenberg«. Zur badischen Casino-Bewegung vgl. *Becker*: Liberaler Staat und Kirche (wie Anm. 8), S. 141-146. Zur Fuldaer Männergesellschaft MN vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 122ff. Zur Gründung vgl. *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), S. 60ff.

kanten und zwei Kaufleute. Hier zeichnete sich bereits ab, daß der frühe politische Katholizismus Unterstützung im katholischen Bildungsbürgertum, deutlich schwächer indessen im Besitzbürgertum fand. Zum ersten Vorsitzenden der Männergesellschaft wurde der Gymnasialdirektor Eduard Goebel gewählt, einer der führenden Köpfe der Fuldaer Zentrumsparlei. Goebels politische Tätigkeit erstreckte sich in erster Linie auf die Schulpolitik. Zug um Zug wurden danach in den Landgemeinden Männergesellschaften eingerichtet, die die soziale Basis der Casinobewegung verbreiteten. »Die Casinos und Clubs des katholischen Bürgertums wurden zum Zentrum der Versuche, Organisationen zu schaffen, die auch für die Katholiken der unteren Schichten attraktiv wären.«<sup>54</sup> Für die anstehenden Wahlen eignete man sich rasch auf einen zugkräftigen Kandidaten.

»Von »ultramontan-clericaler« Seite wurde der Oberbürgermeister Rang, für den sich vorzugsweise das katholische Landvolk, Salmünster und der bei weitem größte Theil der Stadt Fulda entschied, aufgestellt. Diesen entgegen suchten die ... Nationalliberalen, Protestanten und auch Katholiken auf bloße nationalliberale Empfehlung hin einen vollständig unbekanntem Mann, Dr. Dietzel, Honorarprofessor aus Heidelberg, durchzubringen, während die an Zahl geringe Demokratie für den früheren demokratischen hessischen Landtagsabgeordneten Adam Trabert wirkte. Auf Dietzels Seite standen die Beamten.«<sup>55</sup>

Bemerkenswerterweise zögerte die Fuldaer Kirchenleitung anfänglich, den Kandidaten der Männergesellschaft zu unterstützen. Von kirchlicher Seite war vielmehr der preußenfreundliche Carl Friedrich von Savigny ins Spiel gebracht worden. Anders als in der ultramontanen Männergesellschaft herrschte in der Umgebung des Bischofs immer noch die Meinung vor, daß die Annexion durch Preußen 1866 eine Wendung zum Besseren darstelle. Hierauf wies ein brieflicher Ratgeber, der Frankfurter Stadtpfarrer und spätere Mitbegründer der Zentrumsfraktion Eugen Theodor Thissen, hin:

»Wie kann die Diözese Fulda Gott danken, daß sie unter preußisches Zepter gekommen ist! ... Mir steht klar vor Augen, daß die preußischen

Zustände die katholische Kirche in Frankfurt zu einer Entfaltung bringen werden, um welche ich stets gebetet habe.«<sup>56</sup>

Thissen empfahl der Fuldaer Kirchenleitung die Kandidatur des Geheimrates Carl Friedrich von Savigny (1814–1875), eines Sohnes des Rechtsgelehrten Friedrich Carl von Savigny (1779–1861). Carl Friedrich von Savigny pflegte nämlich enge Beziehungen zu Bismarck. Damit verband sich die Hoffnung auf eine gewisse Annäherung von preußischem Staat und katholischer Kirche, was sich von den bisherigen kurhessischen »bürokratischen Quälereien und Ungerechtigkeiten« vorteilhaft abheben würde. Ganz anders gestalteten sich dagegen die politischen Erwartungen der Männergesellschaft, die von einem Gegensatz zwischen lokaler Identität und preußischem Herrschaftsanspruch ausgingen. Savignys Kandidatur mußte daher die Gefahr heraufbeschwören, die katholischen Stimmen zu spalten und dem liberalen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen. Am 5. Februar 1867 schrieb der Frankfurter Stadtpfarrer Thissen an Savigny:

»Von Fulda ward mir die Antwort, daß der dortige Bischof sowie viele einflußreiche Geistliche meinen Vorschlag ganz freudig aufgenommen haben, daß aber eine Zersplitterung der katholischen Stimmen, welche den Bürgermeister Rang ausersuchen haben, eintreten würde und dadurch die Kandidatur des Gegners Chancen gewinne.«<sup>57</sup>

Bereits die erste Wahl nach allgemeinem Männerwahlrecht ließ die für die nächsten 15 Jahre typische Frontstellung erkennen: Während die Landgemeinden durchweg vollzählig für den ultramontanen Kandidaten Franz Rang stimmten, behaupteten sich in der Stadt Fulda die Liberalen, die in Teilen des katholischen Bürgertums Rückhalt fanden. Der nationalliberale

56 Schreiben des aus Fulda um Rat gebetenen Frankfurter Stadtpfarrers Eugen Theodor Thissen an Carl Friedrich von Savigny vom 21.1.1867, in: *Real: Katholizismus und Reichsgründung* (wie Anm. 50), S. 60–62, S. 60f. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam der Obervorsteher der althessischen Ritterschaft, Otto Bernhard Georg Trott zu Solz, der in einem Schreiben an Savigny aus einer preußenfreundlichen Sichtweise heraus den katholischen Bevölkerungsteil Kurhessens nach der Annexion charakterisierte: »Der katholische Klerus, und ich darf wohl sagen: die katholische Bevölkerung Kurhessens haben durch die anständige Haltung bei dem Regierungswechsel der neuen Regierung gewiss mehr Grund zu Vertrauen gegeben als jene, die schon vor der Entbindung von dem dem bisherigen Landesherren und der Verfassung geschworenen Eide der Treue die Entsetzung der ersteren und den Verlust der letzteren - für welche sie unzählige Male Gut und Blut hinzugeben versichert haben - ohne jeden Gewissenskrampf, ja mit Jubel hinnahmen.« Schreiben von Otto Trott zu Solz an Savigny vom 6.12.1866, in: *Real: Katholizismus und Reichsgründung* (wie Anm. 50), S. 57.

57 Schreiben Thissen an Savigny vom 5.2.1867 in: *Real: Katholizismus und Reichsgründung* (wie Anm. 50), S. 64–66, S. 64. Im abgedruckten Text ist aufgrund eines Transkriptionsfehlers von einem Bürgermeister Barg die Rede.

54 *David Blackbourn: Progress and Piety: Liberals, Catholics and the State in Bismarck's Germany*, in: ders.: *Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf*, Stuttgart 1988, S. 34f. mit Hinweis auf Fulda.

55 *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), S. 63f. Dr. rer. pol. Carl Dietzel (1829–1884) war bis 1850 in kaufmännischer Stellung in Hanau tätig, dann Privatdozent in Heidelberg, Bonn, Karlsruhe, seit 1863 a.o. Professor in Heidelberg, von 1867 bis 1884 Professor der Staatswissenschaften in Marburg, MdL von 1868 bis 1873. Vgl. *Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte*. Erster Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867–1918, Marburg 1989, S. 394. Dort wird er jedoch fälschlich den Konservativen zugeordnet.

Kandidat Dietzel erreichte im Februar 1867 immerhin noch 38,0 %.<sup>58</sup> Spätestens aber seit den zweiten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im August 1867 war die Vorrangstellung des Kandidaten der katholisch-ultramontanen Richtung im Kerngebiet des Bistums Fulda, der Stadt Fulda, den Landgemeinden des Kreises Fulda und den katholischen Gemeinden der Landkreise Gersfeld, Schlüchtern und Hünfeld, wo die Katholiken etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten stellten, gesichert. Der politische Katholizismus stellte nunmehr eine geschlossene und einheitlich handelnde Größe dar.<sup>59</sup>

## Zentrum wählende Katholiken 1871 - 1890

### Mobilisierungszeitpunkt und -niveau

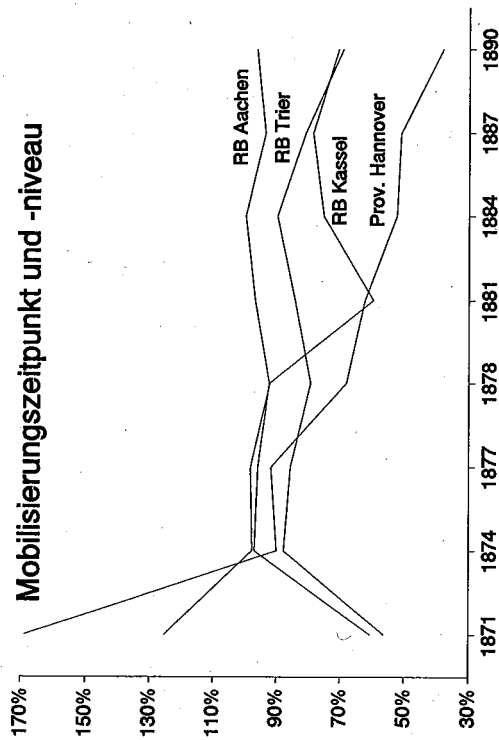


Abbildung 1

Quelle: Johannes Schauff: Das Wahlverhalten der Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928, hg. von R. Morsey, Mainz 1975, S. 88, S. 174f.

Trieb die preußische Modernisierungsstrategie die wettbewerbsgewohnten Schichten an die Seite der traditionsstiftenden Macht Kirche, so verstärkte sich dieser Prozeß noch weiter nach 1872 durch den Kulturkampf.

58 Für die anipreußische Stimmung bemerkenswert war der Stimmenanteil des 1848er Demokraten und kurhessischen Partikularisten Adam Trabert, der aus Fulda stammte und an ältere Traditionen anknüpfen konnte. Er erhielt im ersten Wahlgang 46,5 % der Stimmen gegenüber 40,8 % für den ultramontanen Kandidaten in der Bischofsstadt. Er kam jedoch im Wahlkreis nicht in die Stichwahl, die Oberbürgermeister Rang mit 59,1 % deutlich für sich entschied. Vgl. Klein: Die Hessen als Reichstagswähler Bd.1 (wie Anm. 55), S. 393f. Zum sehr unterschiedlichen Mobilisierungsniveau bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 vgl. Rohde: Wahlen (wie Anm. 1), S. 73-75.

Wie in anderen Diözesen wurden in Fulda Schulen geschlossen, Gehälter gepfändet, Strafverfahren eingeleitet und die katholische Presse reglementiert. Eine besonders nachhaltige Wirkung hatte der Prozeß gegen Bischof Kött, der als erster preußischer Bischof wegen Verstoßes gegen die Maigesetze ins Visier der Strafgerichtsbarkeit geriet. Nach zweimaliger vergeblicher Vorladung wurde das Verfahren jedoch mit einer Geldstrafe von 400 Talern, ersatzweise 3 Wochen Gefängnis beendet. Als der seit längerem kränkliche Kött unmittelbar darauf am 14. Oktober 1873 verstarb, löste dies eine Welle der Solidarisierung aus.<sup>60</sup> Besonderes Aufsehen erregte der damit eng verbundene Fall der beiden Kapläne Weber und Helfrich, die Kött maigesetzwidrig ohne vorherige Anzeige versetzt hatte. Beide wurden zwar verurteilt, verstanden es aber, sich den staatlichen Behörden zu entziehen. Beide Priester wurden rasch populär. Gleichzeitig bewiesen diese beiden Vorfälle die Ineffektivität und Erfolgslosigkeit des rein administrativen Vorgehens der preußischen Strafjustiz gegen ein neuartiges Partisanentum, das sich zudem auf die Unterstützung der Ortsbevölkerung sicher sein konnte.<sup>61</sup>

Der Fuldaer Bischofsstuhl blieb von 1873 bis 1881 verwaist. Das Priesterseminar wurde geschlossen. Regens Komp schuf dafür mit dem Würzburger »Fuldaneum« eine Ausweichmöglichkeit. Der Konflikt wurde vor Ort nicht zuletzt durch die ortsansässige nationalliberale Beamtenschaft scharf personalisiert. In die Lebenswelt vieler Fuldaer Katholiken schrieb sich der Kulturkampf ein, als katholische Schulen geschlossen wurden. Eine demonstrative Provokation war die Ernennung des Hilfsgeistlichen und Seminarlehrers Otto Schröter zum Leiter des Fuldaer Lehrerseminars im Jahr 1874. Dieser hatte die »Adresse der Staatskatholiken an den Kaiser« vom 14. Juni 1873 unterzeichnet. Der nominell immer noch katholische Priester Schröter heiratete zudem im Mai 1877 – eine unerhörte Begebenheit.<sup>62</sup>

Auf der Seite der preußischen Verwaltung erkannte man die Bedeutung der Männergesellschaft als Kadergruppe des politischen Katholizismus, die von der liberalen Presse als »Jesuitenpartei in der Bonifatiusstadt« bezeichnet wurde.<sup>63</sup> Am 14. August 1874 wurde sie genauso wie der seit längerem bestehende katholische Gesellen- und Männerverein aufgelöst. Das Verbot gegen das »Fuldaer schwarze Casino« wurde jedoch schon im April 1875

60 Zum Prozeß gegen Bischof Kött vgl. Manfred Scholle: Die preußische Strafjustiz im Kulturkampf 1873-1880, Marburg 1974, S. 56-59.

61 Vgl. Jestaedt: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 71-80 und Ronald J. Ross: Enforcing the Kulturkampf in the Bismackian State and the Limits of Coercion in Imperial Germany, in: Journal of Modern History 56 (1984), S. 456-482, S. 466f.

62 Zum »Fall Schröter« vgl. Jestaedt: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 61-63. Zu den Kulminationspunkten des Kulturkampfes in Fulda vgl. Jestaedt: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 85-125.

63 Vgl. Frankfurter Journal Nr.129, 1874 zit. in: Fuldaer Zeitung 21.5.1874.

wieder aufgehoben. Die scharfe polizeiliche Überwachung verhinderte indes ein Wiederaufleben der inzwischen verbreiteten ländlichen Tochtergesellschaften, die, von der Fuldaer Zentrale angeregt, den politischen Katholizismus in den Landgemeinden organisiert hatten.<sup>64</sup> Die Gründung einer eigenen katholischen Presse bedeutete eine Zäsur für die Binnenkommunikation im katholischen Milieu. Ihre scharfe politische Außenabgrenzung und große Reichweite trieben die Milieuformation voran. In der ›Fuldaer Zeitung‹ und der Kirchenzeitung ›Bonifatiusbote‹ fand das Milieu erstmals zu einem weitverbreiteten Organ der Selbstdarstellung, der politischen Agitation und Mobilisierung.<sup>65</sup>

Der frühe Zeitpunkt und das vergleichsweise hohe Niveau lassen Rückschlüsse auf interne Motive und externe Faktoren der Katholikenmobilisierung zu.<sup>66</sup> Entscheidend für die frühe Ausbildung einer katholischen Teilgesellschaft mit deutlichen Milieustrukturen war, daß Kulturkampf und Milieubildung sich unter vorindustriellen Bedingungen abspielten. So konnten zünftisch-ständische Ordnungsmodelle nachwirken und divergierende soziale Interessen nur sehr gedämpft zum Tragen kommen. In der katholischen Kleinstadt Fulda mit starker regionaler Tradition führten nicht soziale Fragmentierungen zur Ausbildung eines katholischen Milieus, sondern eine Kombination von religiöser Homogenisierung und nachfolgender politisierender Außenabgrenzung. Hier liegen die Ursachen für den frühen Mobilisierungszeitpunkt. Der Bedeutungsverlust Fuldas, die Überfremdungsanst und die konfessionelle Diskriminierung verstärkten im Ergebnis den Prozeß der innerkirchlichen Homogenisierung mit einer sozialmoralischen und politischen Dramatisierung der Grenzen und erklären das hohe Mobilisierungsniveau. Dieser Abschließungsprozeß war im wesentlichen beendet, als die Reichsgründung und der Kulturkampf neue politische und der wirtschaftliche Aufschwung neue soziale Gegensätze hinzufügten. In den preußischen Regierungsbezirken mit einer katholischen Minderheit von zwischen 14,1 % und 22,7 % (Regierungsbezirke Oldenburg, Erfurt, Kassel, Liegnitz und die Provinz Hannover) wiesen die Anteile der Zentrum wählenden Katholiken nach Johannes Schauf auf einen besonders frühen Mobilisierungszeitpunkt und ein extrem hohes Mobilisierungsniveau hin. Das sehr hohe Mobilisierungsniveau in den Diasporagebieten wird erklärlich aus der größeren Außenabgrenzung in der Phase der innerkirchlichen Homogenisierung. Die Identität von Region und Religion war in den Diasporagebieten bereits vor dem Kulturkampf deutlicher ausgeprägt, als dies in

64 Vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 124 Anm. 131.

65 Vgl. *Siegfried Löffler*: Die Presse des Regierungsbezirkes Kassel von 1866-1919, Diss. München 1954, S. 229f.

66 Vgl. *Rohe*: Wahlen (wie Anm. 1), S. 75ff.

geschlossen katholischen Gebieten der Fall war. Aufgrund der Konflikte mit dem Kasseleer Landesherren in den 1830er Jahren und der Phase der preußischen Annexion durfte Fulda als prototypisch hierfür gelten. In den geschlossen katholischen Gebiete wie etwa den Regierungsbezirken Aachen, Trier, Oppeln, Köln, Münster, Düsseldorf oder dem Großherzogtum Baden bedurfte es der klärenden Wirkung des Kulturkampfes, bevor die Katholiken zwischen 1874 und 1878 sich dem Zentrum zuwandten. Dafür blieb das Mobilisierungsniveau auch nach 1878 in diesen rein katholischen Gebieten durchweg höher als in den katholischen Diasporagebieten, die ab 1881 durchweg starke Einbrüche für das Zentrum aufwiesen (vgl. *Abbildung 1*).

### Politisierung I: Zentrum versus Liberalismus

Es lassen sich im wesentlichen drei Phasen auf dem Weg zur strukturellen Mehrheitsfähigkeit des Zentrums unterscheiden: die Phase der Auseinandersetzung mit dem Liberalismus bis 1879, die Phase der liberalen Resignation und der Annäherung von Zentrum und konservativen Parteien während der 1880er Jahre und die Phase der katholisch-liberalen Aussöhnung ab 1887. Bis 1879 setzten die Liberalen der Zentrumsparlei hartnäckigen Widerstand entgegen. Erfolg und Scheitern der Parteien hing dabei ganz entscheidend vom Wahlrecht ab. Bei den Wahlen nach allgemeinem gleichen Wahlrecht konnte die Zentrumsparlei sofort die Oberhand gewinnen, da die Masse der ländlichen Wähler und der städtischen Mittel- und Unterschichten voll zu Buche schlug.

Das Fuldaer Zentrum erreichte bei den Reichstagswahlen in den vier Fuldaer Wahlbezirken mit etwa 80 % jedesmal seine besten Ergebnisse im vierten Bezirk, der die mehrheitlich von Mittel- und Unterschichten bewohnte Unterstadt umfaßte. Dagegen erzielten die Nationalliberalen ein beachtliches Drittel der Stimmen in den besseren Wohnvierteln der Oberstadt. 1874 stellten sie mit dem einheimischen katholischen Fuldaer Tuchfabrikanten Burkhard Müller einen stadtbekanntesten Kandidaten auf, der bereits 1870 für die Konservativen bei den preußischen Landtagswahlen kandidiert hatte.<sup>67</sup> Müller hatte eine Dankadresse an den Reichskanzler angeregt. Bis-

67 Vgl. *Thomas Kühne*: Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994, S. 233.

mark stellte ihm daraufhin »das Zeugnis ächt deutscher Katholicität (>Hüter und Wächter des Grabes des Hl. Bonifacius) aus«. 68

## Das Zentrum in der Stadt Fulda

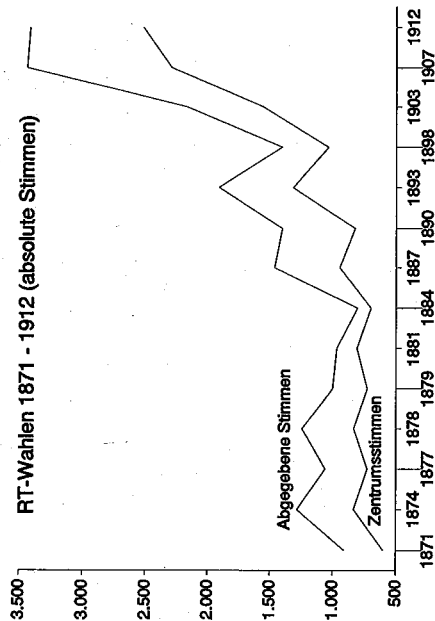


Abbildung 2

Quelle: Klein, Die Hessen als Reichstagswähler Bd. 1, S. 393-455.

Burkhard Müller erzielte in den besseren Vierteln immerhin noch bis zu 40 % der Stimmen. Die Landgemeinden votierten geschlossen für den Zentrumskandidaten. Der nationalliberale Fabrikant erreichte auf dem Gipfel des Kulturkampfes trotz massiver Polemik seitens der Zentrumspartei immerhin 34,1 % in der Stadt Fulda. Damit waren die Ressourcen der Fuldaer Nationalliberalen ausgeschöpft. Bei den folgenden Reichstagswahlen resignierten sie und stellten keinen einheimischen Kandidaten mehr auf. Ihre Wähler übten weitgehend Stimmenthaltung. Bei den Reichstagswahlen 1884 betrug die Wahlbeteiligung in der Stadt Fulda lediglich 36 %, während zehn

Vgl. den Lebenslauf des Kommerzienrates Burkhard Müller, in: Buchenblätter 29 (1956), Nr. 5-7.

68 Von der katholischen Presse hingegen wurde der Vater des späteren langjährigen Zentrumskandidaten Richard Müller wegen seiner liberalen Neigungen scharf angefeindet: »Über seine Stellung zu den religiösen Fragen drückte er sich zwar sehr vorsichtig aus, aber doch klar genug, um zu wissen, was wir von dem fortgeschrittenen Herren zu erwarten hätten. Natürlich würde Herr Müller schon deshalb nicht in's Zentrum gehen können, weil von diesem das Testament des hl. Bonifacius nicht im Sinne des Fürsten vollstreckt werden wird.« Fuldaer Zeitung, 25.12.1873. Zu Müllers Bismarckadresse und dessen Antwortschreiben vgl. *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), S. 188.

Jahre zuvor noch 65,4 % der Fuldaer Wahlberechtigten an der Reichstagswahl teilgenommen hatten. 69

Bei den preußischen Landtagswahlkämpfen setzten sich die Nationalliberalen aufgrund des ihnen günstigen Dreiklassenwahlrechtes weitaus besser in Szene. Ihre Hochburgen in den gutbürgerlichen Wohngebieten Fuldas traten bei den Preußenwahlen deutlich hervor. Zwar stellte die Zentrumspartei durch die ländlichen Wahlmännerstimmen, die ihr sämtlich zufielen, regelmäßig den preußischen Landtagsabgeordneten im Wahlkreis Fulda (Stadt und Land), aber in der Stadt hatten noch lange Zeit die Liberalen die Nase vorn. Bei den Urwahlen der Wahlmänner 1873 und 1876 gewannen sie jeweils 22 Wahlmänner, die Zentrumspartei brachte dagegen nur 15 bzw. 18 Kandidaten durch. Ein Blick auf die liberalen Wahllisten zeigt, welche Schichten zu diesem Zeitpunkt noch nicht in das politische katholische Sozialmilieu Fuldas integriert waren. Der liberale Wahlverein konnte sich 1874 in Fulda auf mehr als 300 Anhänger stützen, die überwiegend zum oberen selbständigen Mittelstand zählten. 70 Es fanden sich in den Unterzeichnerlisten 1874 neben staatlichen Beamten vor allem selbständige Gewerbetreibende, Fabrikanten und Altliberale wie der Fuldaer Landtagsabgeordnete aus kurhessischen Zeiten Dr. Joseph Weinzierl. 71

In ihrem Kampf gegen den Liberalismus bediente sich die Zentrumspresse auch antijudaistischer bis hin zu antisemitischen Stereotypen, um die örtlichen Liberalen bei den Wählern zu diskreditieren und sie unter Druck zu setzen. Besonders in den Wahlkämpfen der späten 1870er Jahre tauchte der Hinweis auf die jüdischen Wähler der Nationalliberalen immer wieder auf: »Das stärkste Contingent liberaler Stimmen hat der IV. Wahlbezirk geliefert. Warum? - In ihm liegt das Judenviertel. Merk's Bauer!« Die antijüdische Agitation grenzte die städtischen jüdisch-liberalen Wähler aus und griff ältere Topoi vom »Wucherjuden« auf. Im Landtagswahlkampf 1882 etwa warnte die Fuldaer Zeitung durchaus in keine Berührung zu setzen. »solchen jüdischen Vampyren durchaus in keine Berührung zu setzen.« Insgesamt schwoll die antijüdische Agitation in den 1870er und 1880er Jahren zwar deutlich an, sie stellte aber nie die dominierende politische Linie dar. Bischof Kopp sprach sich als einziger deutscher Bischof sogar

69 Vgl. Klein: Die Hessen als Reichstagswähler Bd. 1 (wie Anm. 55), S. 395, S. 412 sowie Hartmann: Zeitgeschichte von Fulda (wie Anm. 8), S. 177.

70 Vgl. *Jestadt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 144.

71 Dr. med. Joseph Weinzierl, Stadtsekretär, Demokrat, seit 1847 Deputierter Fuldas in der Ständeversammlung, am 29.7.1850 für Fulda mit 253 unter 301 Stimmen gegen den konstitutionellen Gegenkandidaten Obergerichtsrath v. Schenk wiedergewählt, am 3.2.1882 pensioniert. Vgl. Hartmann: Zeitgeschichte von Fulda (wie Anm. 8), S. 110f.

vehement gegen die Ritualmordpropaganda aus. Nach 1890 trat diese anti-jüdische Stoßrichtung deutlich zurück.<sup>72</sup>

Während sich der politische Katholizismus in der Stadt und im rein katholischen Landkreis Fulda schon 1867 durchsetzte, benötigte er im nur zu 60 % katholischen Wahlkreis Hünfeld/Gersfeld mehrere Anläufe, um die liberale und konservative Konkurrenz zu überflügeln. Beide Wahlkreise waren agrarisch geprägt und wiesen keinerlei Unterschiede in ihrer Sozialstruktur auf. Erst 1870 kandidierte ein Zentrumskandidat und gewann mit einer knappen absoluten Mehrheit der Wahlmänner (51,2 %) das Mandat gegen den Fuldaer Fabrikanten Burkhard Müller. Der freikonservative Landrat Ochs erreichte bei den Landtagswahlen 1873 und 1876 immerhin noch über 40 % der Wahlmännerstimmen. Erst ab 1879 konnte sich das Zentrum mit über zwei Dritteln der Wahlmännerstimmen (70,3 %) in diesem Wahlkreis sicher fühlen. Die starke protestantische Minderheit wählte durchweg konservativ.<sup>73</sup>

### Politisierung II: Die Annäherung zwischen Zentrum und Konservativen

Der Kampf gegen die Liberalen hatte den politischen Katholizismus immer stärker an die Seite der ebenfalls scharf antiliberalen Konservativen geführt, die in Ostthessen seit 1879 dem allgemeinen politischen Richtungswechsel folgend die einzige politische Alternative zum Katholizismus darstellten. In dieser zweiten Phase katholischer Politisierung kam es zur gegenseitigen politischen Annäherung, wollte doch das Zentrum gemeinsam mit den Konservativen die Kulturkampfgesetze abschaffen. Die Konservativen traten in der Wählerschaft das Erbe der Nationalliberalen an. Die Deutsche Reichspartei kam schon bei der Ersatzwahl 1879 für den zurückgetretenen Reichstagsabgeordneten Herrlein auf ein Viertel der Stimmen in Fulda. Sie schnitt mit mehr als einem Drittel besonders gut in den besseren Wohngebieten ab, die vormals hohe liberale Stimmanteile gesehen hatten. Katholische Wahlmänner unterstützten bei Landtagswahlen überall dort, wo kein eige-

72 Fuldaer Zeitung, 31.10.1876. Ähnliche antijüdische Äußerungen in: Fuldaer Zeitung, 26.10.1876, 22.10.1882 u.ö. 16.9.1882. Weitere Belege zum vergleichsweise schwach ausgeprägten Antisemitismus in Fulda in: *Olaf Blaschke: Katholizismus und Antisemitismus im Kaiserreich*, Diss. Bielefeld 1995.

73 Vgl. *Kühne: Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus* (wie Anm. 57), S. 662f.

ner Kandidat zur Verfügung stand, den konservativen Wahlvorschlag.<sup>74</sup> Zum einen hatte die konservativ-agrarische ländliche Klientel des Zentrums diese Annäherung nahegelegt. Zum anderen wurde sie durch die konservative Grundhaltung des Fuldaer »Staatsbischofs« Kopp gefördert.<sup>75</sup> Ihren Höhepunkt erreichten die Konservativen bei den Kartellwahlen 1887. Im Streit um das Septennat kamen die Konservativen in der Bischofsstadt auf wiederum ein Viertel der Stimmen und über 40 % in den besseren Wohngebieten. Im Ergebnis zeigten die Reichstagswahlen bis 1890, daß etwa ein gutes Drittel des städtischen Elektorats nie recht in die Zentrumspartei integriert werden konnte. Ihre abweichende politische Meinung äußerte sich zuerst in einem Votum für die Nationalliberalen, später dann für die Konservativen und vor allem in Wahlenthaltungen. Der politische Massenmarkt hielt jedoch mit den Kartellwahlen von 1887 auch in Fulda Einzug, als die Wahlbeteiligung sprunghaft anstieg (vgl. Abbildung 2). Dieser Partizipationsschub hielt in der Folge an, so daß das Zentrum nicht mehr auf die Stimmhaltung seiner Gegner rechnen konnte. Zur Absicherung der eigenen Mehrheitsfähigkeit bei den Reichstagswahlen waren daher integrative Bemühungen unerlässlich.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Zentrum und Konservativen blieben auf den Bereich der Kirchengesetze beschränkt und ließen eine weitergehende Zusammenarbeit nicht zu, insbesondere weil die Konservativen den Stellenwert politischer Partizipation – für das Selbstverständnis des Zentrums schlichtweg entscheidend – nicht anerkannten. Die Brüchigkeit der politischen Verbindung zwischen Zentrum und Konservativen wurde schon dadurch sichtbar, daß die Konservativen sich weigerten, im Gegenzug zur katholischen Unterstützung ihrer Kandidaten deren Personalvorschläge zu unterstützen. Endgültig sah sich das Zentrum von den Konservativen getäuscht, als diese ihm den sicheren Landtagswahlkreis Hünfeld/Gersfeld im

74 So gaben etwa bei den preußischen Landtagswahlen 1882 20 katholische Wahlmänner im Wahlkreis Hofgeismar/Wolfhagen, 20 im Wahlkreis Melsungen/Fritzlar, 39 im Wahlkreis Kirchhain/Frankenber, 40 im Wahlkreis Gelnhausen Schlüchtern und 10 Hanauer katholische Wahlmänner ihre Stimmen für konservative Kandidaten ab, denen sie zum Sieg verhalfen. 1882 stand für die Fuldaer Zeitung zu hoffen, daß die Konservativen auch die beiden letzten liberalen Wahlkreise Kassel und Rinteln »in nächster Zeit gewinnen werden und alsdann in Hessen der Liberalismus und mit ihm die jetzt schon auf schwachen Füßen stehende »Morgenzeitung« begraben wird.« Fuldaer Zeitung, 29.10.1882.

75 Joseph Johannis berichtet in seiner *Chronica* sogar von Versuchen der Konservativen, Kopp zur Kandidatur bei den Reichstagswahlen 1887 zu bewegen. »In dieser Absicht begaben sich deshalb der hiesige Landrath und der von Schlüchtern, der »Reichskehrbesen«, zum Bischof, um ihn zur Annahme eines Mandates zu bewegen, wurden aber abschlägig beschieden.« *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), Ad 1887.

November 1886 entrissen.<sup>76</sup> Die nachfolgenden Kartellwahlen des Jahres 1887 und die Auseinandersetzung um das Septennat ließen die Gegensätze zwischen Zentrum und Konservativen wieder offen hervortreten und bereiteten der Aussöhnung mit den Liberalen die Bahn. Das Zentrum war zudem alarmiert, als katholische Agrarier um den ehemaligen Zentrumstagsabgeordneten und Gutsbesitzer Franz-Joseph Herrlein im Kartellwahlkampf 1887 den konservativen Kandidaten Landrat Trott zu Solz unterstützten.<sup>77</sup>

### Politisierung III: Die Aussöhnung zwischen Zentrum und Liberalen

Wollte sich das Zentrum nicht nur bei den Reichstags-, sondern auch bei den Landtagswahlen auf Dauer gegen die immer stärkere konservativ-agrarische Konkurrenz behaupten, so mußte es neben einer stärkeren Bearbeitung der eigenen ländlichen Klientel seine Basis verbreitern und vermehrt die Liberalen integrieren. Die Koalition mit den bürgerlichen Schichten lag umso näher, als von deren politischer Vertretung keine ernsthafte Gefahr mehr für das Zentrum ausging, nachdem die Liberalen selbst bei den Landtagswahlen 1882 nur noch 14 gegen 31 Zentrumswahlmänner in der Stadt Fulda gewonnen hatten. Es begann die dritte Phase der katholischen Politisierung, die Integration ehemals liberaler Wähler. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellte die Aufnahme vordem liberal eingestellter Bürger auf die Zentrumliste zu den Kommunalwahlen von 1889 dar, da diese nach dem geltenden Mehrheitswahlrecht in einer eigenen Liste keine Chance auf ein Mandat hatten. Der verstärkten Integration besitzbürgerlicher Schichten stand spätestens 1893 nichts mehr im Wege, als der bisherige Reichstagsabgeordnete, der westfälische Agrarier Droste-Vischering, nach Auseinandersetzungen in der Frage der Caprivischen Militärvorlage sein Mandat niederlegte.<sup>78</sup> Die Stunde des politisch-sozialen Kompromisses zwischen Katholizismus und Wirtschaftsbürgertum war gekommen. Sie fand in dem Fabrikbesitzer Richard Müller, einem Sohn des nationalliberalen Reichstagskandidaten von 1874 Burkhard Müller, ihre Verkörperung. Müller(-Ful-

76 Vgl. Fuldaer Zeitung, 11.11.1886. Der Niederlage des Zentrums bei der Ersatzwahl zum Preußischen Landtag für den Wahlkreis Hünfeld/Gersfeld folgte eine endlose Pressefehde über die Ursachen, die von Zentrumseite in Wahlmanipulationen des Gersfelder Landrates Krekel gesehen wurden. Vgl. Fuldaer Zeitung, 15.11.1886 u.ö.

77 Vgl. *Chronica Johannis* (wie Anm. 33), Ad 1887.

78 Vgl. *Lothi*: Katholiken im Kaiserreich (wie Anm. 3), S. 48-51, bes. S. 51.

da) – wie er fortan genannt wurde – ging als reichster Mann Kurhessens und Stolz katholischer Wirtschaftsgesinnung in der Reichstag. Die Aufstellung eines bürgerlichen Kompromißkandidaten für das Zentrum schien aller Voraussicht nach seinem Wahlerfolg auf dem Lande nur wenig zu schaden, zumal Richard Müller – erklärter Gegner des Antrages Huene und der steuerpolitischen Zuminungen der Reichsregierung – versicherte, im Reichstag die Belange der Landbevölkerung zu vertreten.<sup>79</sup>

Müllers Kandidatur sollte die strukturelle Mehrheitsfähigkeit gegen die Konservativen sichern. Während man der ländlichen Stimmen noch weitgehend sicher sein konnte, mußten die städtischen Wähler mit ihren abweichenden und nichtagrarischen Interessen stärker an die Zentrumsparterie gebunden werden. Die dennoch zu erwartende politische Enttäuschung auf dem Lande über die gewerblich-industrielle Reichstagskandidatur glaubte man verschmerzen zu können, da dort das in der Stadt vordem herrschende Muster für politische Unzufriedenheit dominierte: die Stimmenthaltung. Späterhin folgte man auch in Fulda dem Prinzip des Sozialpropozes, als ab 1908 drei soziale Gruppen politische Mandate in Fulda erhielten: der Fabrikant Richard Müller für den Reichstag, der Amtsgerichtsrat und Unterverbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaft Fulda August Drinnenberg (Mdl 1908–1921) sowie der Amtsgerichtsrat Andreas Rhiel (Mdl 1908–1933) für den preußischen Landtag.<sup>80</sup>

### Zentrumsparterie und katholisches Bürgertum

Für den politischen Erfolg der Fuldaer Zentrumsparterie beim Eintritt ins Zeitalter der politischen Massen nach 1887 war unter anderem entscheidend, daß sie schon vorher zwischen dem Liberalismus als politischem Gegner im Reich und den katholisch-liberalen Schichten vor Ort unterschied. Zahlreiche Brücken wurden dem »katholischen Philister« in die katholische Subgesellschaft gebaut.<sup>81</sup> Die bürgerlichen Honoratioren der Stadt,

79 Vgl. Fuldaer Zeitung, 5.6.1893. Zu Richard Müller(-Fulda) vgl. *Siegfried Weichlein*: Zentrumdemokrat und Finanzpolitiker: Richard Müller(-Fulda) als Parlamentarier 1893 bis 1920, in: Fuldaer Geschichtsblätter 70 (1994), 3-52.

80 Zur Durchsetzung des Sozialpropozes im katholischen Milieu vgl. *Thomas Kühne*: Dreiklasserwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994, S. 349-359.

81 »Der katholische Philister ist ein Mann, der vor allem gut katholisch sein will, aber in einer Weise, daß er sich dadurch nicht genirt findet. ... Seine Seele ist immer niedergedrückt von



die seit dem Ende des Fürstbistums in der Säkularisation die städtischen Verwaltungsspitzen stellten, behaupteten ihren politischen Einfluß auch in Zeiten fortschreitender Ultramontanisierung und Klerikalisation. Jahrzehntelang hatten sie im Einvernehmen mit der kirchlichen Führung und in gemeinsamer Frontstellung gegen den Kasseier Kurfürsten ihren Einfluß stärken können. Der restaurative politische Herrschaftsanspruch des Territorialherren ließ schon lange vor 1848 Kirche und kommunale Honoratioren eng zusammenrücken. In der Planung des Bonifatiusdenkmals in den 1830er und 40er Jahren hatten bürgerliche und kirchliche Kräfte zusammengearbeitet. Das Bürgertum war schon früh im Fuldaer Katholizismus stark vertreten gewesen. Die Elite des Fuldaer politischen Katholizismus setzte sich aus Klerikern unter Führung des stramm ultramontanen Regens Georg Ignaz Komp und bürgerlichen Honoratioren wie dem Oberbürgermeister oder dem Vorsitzenden der Männergesellschaft Goebel und dem Reichstagsabgeordneten Gutsbesitzer Herrlein zusammen. Die ultramontane Führung des politischen Katholizismus brach nicht mit politischen Traditionen, wie sie sich vor 1848, in den 1850er und 60er Jahren ausgebildet hatten, sondern nahm sie in Dienst. Bewußt griff man zurück auf die lange Erfahrung der bürgerlichen Parlamentarier Rang und Herrlein, die Momente der Kontinuität verkörperten. Herrlein hatte sogar in der kurhessischen Ständekammer der liberalen Fraktion angehört und war erst unmittelbar vor den Reichstagswahlen 1871 der katholischen Zentrumsfraktion beigetreten.<sup>82</sup> Der erste und einzige Kleriker, der parlamentarische Verantwortung trug, blieb der Landtagsabgeordnete Friedrich Koch (MdL 1879-1882).

Die liberal gesonnenen Bürger trafen sich im Bürgerverein, der 1830 gegründet worden war und der seit seiner Entstehung mit gesinnungsliberalem, später nationalliberalem Gedankengut sympathisierte. Der liberale Bürgerverein hatte die Reichsgründung emphatisch gefeiert, während der Beifall des politischen Katholizismus eher zurückhaltend ausgefallen war. Wirtschaftsbürgerliche Vertreter fanden sich dabei sowohl unter den katholischen Organisationseliten als auch im schmalen sozialen Profil des katholischen Liberalismus, wohingegen die bildungsbürgerlichen Schichten innerhalb des katholischen Bürgertums durch das in Fulda von liberaler Seite

der Furcht, er möchte wegen seines katholischen Bekenntnisses irgendwo von einem armseligen Tropf, von einem ungläubigen oder leichtsinnigen Menschen verspottet werden.« Fuldaer Zeitung, 9.11.1876. Zum katholischen Bürgertum vgl. *Thomas Mergel: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1994 sowie seinen Beitrag in diesem Band S. 166-192.

82 Im Wahlkampf von 1874 wurde dieser Umstand von den Nationalliberalen gegen das Zentrum vorgebracht. Vgl. den Wahlaufruf der Fuldaer Nationalliberalen zit. in: Fuldaer Zeitung, 20.1.1874. Zu Herrleins Verhalten in der Zentrumsfraktion des ersten Deutschen Reichstages vgl. *Real: Katholizismus und Reichsgründung* (wie Anm. 50), S. 191-217.

nicht bestrittene Sozialisationsmonopol der katholischen Schulen und Bildungseinrichtungen offensichtlich eher integriert wurden als die Besitzbürger.

Deren Einbindung diente im Reich die Gründung eines katholischen Kaufmännischen Vereins (KKV) für selbständige Mittelständler, dessen Fuldaer Zweigverein am 9. Januar 1877 aus der Taufe gehoben wurde. Der KKV mobilisierte etwa hundert Männer aus dem wirtschaftenden Fuldaer Bürgertum. Zwischen dem katholisch-mittelständischen KKV und dem politischen Katholizismus bestand immer eine enge Verbindung. Die beiden Gründungsmitglieder Richard Schmitt und Robert Kircher waren wichtige kommunalpolitiker des Zentrums. Der selbständige Kaufmann Kircher verstärkte das Gewicht bürgerlicher Interessen im lokalen politischen Katholizismus, als er, kurz nachdem Richard Müller für Fulda in den Reichstag ging, als Nachfolger des Amtsgerichtsrates Johann Gößmann (MdL 1882 - 1893) von 1894 bis 1898 ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt wurde.<sup>83</sup> Auch späterhin waren Zentrumsführung und KKV zu weiten Teilen identisch. So war der KKV-Vorsitzende Bankdirektor Singer bis 1919 Zentrumsvorsitzender in der Stadt Fulda.

Der KKV hatte wie die meisten katholischen Vereine und Verbände zwei Funktionen. Zum einen war er mittelständische Interessenorganisation und damit Teil des weitverzweigten Netzes handwerklicher und mittelständischer Verbände. Zum anderen war er maßgeblicher Teil des Vereinskatholizismus in Fulda. Diese Kombination von Interessenpolitik, Gewerbefleiß und katholischem Bekenntnis kam auf den Verbandskongressen des deutschen KKV auch in Fulda zum Ausdruck. Seine Festpredigt vor den Delegierten des 27. Deutschen Verbandskongresses gestaltete der Fuldaer Generalvikar Arenhold am 15. August 1904 zu einer Homilie über das Lukaswort »negotiamini dum venio - Machtet Geschäfte, bis ich komme« (Lk 19,13).<sup>84</sup>

Der Preis für die Integration wirtschaftsbürgerlicher Schichten in das katholische politische Sozialmilieu war die stillschweigende Akzeptanz ihrer niedrigeren kirchlichen Bindung. Auf der Vorstandssitzung des KKV am 21. Juni 1881 erschien der geistliche Beirat des KKV, der Landtagsabgeordnete Friedrich Koch, und machte den Mitgliedern Vorhaltungen, indem er auf »ihre erste Pflicht, die Religion hochzuhalten, hinwies. Als Mittel hierzu empfahl er den Beitritt in die Sodalität einerseits und das

83 Richard Schmitt war 25 Jahre lang Mitglied des Stadtparlaments und des Magistrats, Robert Kircher versah das Amt eines Ersten Beigeordneten in der Stadt Fulda. Vgl. *Jestaeht: Kulturkampf* (wie Anm. 8), S. 125; 100 Jahre Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung. KKV Fulda 1877-1977, Fulda 1977, S. 21.

84 Vgl. 50 Jahre KKV Fulda 1877-1927, Fulda 1927, S. 45.

Halten unterschieden katholischer Zeitungen andererseits und forderte sie auf, von diesen Mitteln in recht zahlreicher und ausgiebiger Weise Gebrauch zu machen.« Diese Aufforderung mündete in einen heftigen Disput zwischen dem Vorsitzenden und dem geistlichen Beirat, der diesen mit dem Augsburger Fugger verglich, »was Herr Schmitt entschieden« zurückwies.<sup>85</sup> Der KKV-Vorstand war bestrebt, die Interessenvertretung seiner Mitglieder nicht mit religiös-kirchlichen Imperativen zu belasten. Im Perspektivkonflikt zwischen verbandlicher Selbstbestimmung und kirchlicher Disziplinierung obsiegte das Verbandsinteresse. Wollte der politische Katholizismus seine strukturelle Mehrheitsfähigkeit nicht gefährden, so mußte er dergleichen kirchlich eher randständiges Verhalten tolerieren.

Sowohl wirtschaftsbürgerliche Kreise, die zuvor vermehrt den Nationalliberalen nahe gestanden waren, als auch die Zentrumspartei profitierten von ihrer gegenseitigen Verständigung. Das Zentrum sicherte seine strukturelle Mehrheitsfähigkeit ab, indem es mittelständische Interessen einband. Das Wirtschaftsbürgertum behielt dabei seinen Einfluß auf die Geschicke der Stadt, wenn auch die Zentrumspartei ihren sozialen Schwerpunkt in den klein- und unterbürgerlichen Schichten hatte. Für die Integration vor allem katholischer besitzbürgerlicher Schichten war die Politik wichtiger als die Einbindung in die Vereinskultur. Die Unterrepräsentation von Bürgertum und Bürgerlichkeit im Vereinskatholizismus<sup>86</sup> findet ihre Erklärung in der politischen Stärke und Überrepräsentation dieser Gruppen auf allen politischen Ebenen: in den Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Reichsebene gaben nach 1890 mehr als zuvor bürgerliche Parlamentarier den Ton an. Hier muß zwischen Binnen- und Außenrepräsentation unterschieden werden.

Diese gegenseitige politische Rückversicherung war innen- und außenstabilisiert. Die Innenstabilisierung erfolgte durch die auch in bürgerlichen Kreisen populären regionalen und lokalen Traditionen des Fuldaer Katholizismus. Die städtischen Honoratioren bedurften im Zeitalter des herauskommenden politischen Massenmarktes der übergreifenden Legitimation, die ihre politische Vormachtstellung bei den zahlenmäßig überwiegenden Unterschichten absicherte. Umgekehrt hatte die Ultramontanisierung des Katholizismus nie zur Folge gehabt, daß die Rolle des wirtschaftenden Bürgertums in Zweifel gezogen wurde. Die Zusammenarbeit zwischen katholischem Bürgertum und Kirche wurde anfangs, wenn auch mit abnehmender Wirkung, außenstabilisiert durch die politische Konfrontation mit

85 Vorstandssitzung des KKV-Fulda vom 21.6.1881, in: Protokolle des KKV-Fulda (Stadtarchiv Fulda).

86 So Josef Mooser: Das katholische Milieu in der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Verwesens des Katholizismus im späten Deutschen Kaiserreich, in diesem Band, S. 59-92

dem wirtschaftsfeindlichen Kasseler Territorialherren. Die Integration des katholischen Bürgertums in den politischen Katholizismus entsprang nicht nur der starken Rolle lokaler Traditionen. Beide wurden je länger je mehr durch einen gemeinsamen neuen Gegner zusammengeführt: die sozialistische Arbeiterbewegung.

### 3. Die Organisierung des Milieus

Die ersten beiden Formationsphasen des katholischen Milieus in Fulda fielen im wesentlichen in die vor- bzw. frühindustrielle Zeit, so daß die Milieubildung nicht durch soziale Antagonismen verkompliziert wurde. Diesem Umstand verdankte das Milieu lange Zeit seine Geschlossenheit. Die Organisationskultur beschränkte sich daher bis in die 1880er Jahre auf eine im wesentlichen ultramontan durchformte Vereinskultur, die in mehreren Schüben entstanden war: religiös-caritative Vereine, wie etwa die verbreiteten Bruderschaften, Sodalitäten und Kongregationen.<sup>87</sup> In den Landgemeinden waren die Altarsakraments-, Herz Jesu-, Herz Mariä-, Rosenkranz- und St. Michaels-Bruderschaften besonders verbreitet.<sup>88</sup> Mit der einsetzenden Hochindustrialisierung, den verstärkten Wanderungsbewegungen der Gesellen und Arbeiter begann die industriegesellschaftliche Differenzierung sozialer Interessen Platz zu greifen. Parallel zur Umorientierung der Zentrumspartei von einer lose geführten Honoratiorenpartei zu einem deutlich ausgeprägten bürgerlich-agrarischen Doppelprofil verlief die Organisierung der sozialen Gruppen im Katholizismus. Zwei Momente waren bestimmend für die Vereinsgründungswelle der 1890er Jahre. Zum einen reagierten kirchliche und politische Stellen damit auf die ersten Krisenerscheinungen in den Reichstagswahlergebnissen des Zentrums 1887. Zum anderen hatte sich der politische Massenmarkt als neues Charakteristikum politischer Arbeit herausgebildet, so daß die schlagkräftige Mobilisierung ein politisches Gebot der Stunde wurde. Die Entstehung eines dichten Netzes von katholischen Vereinen und Verbänden hatte die Funktion der sekundären Integration und war eher das Ergebnis denn der Motor der

87 Die Männer- und Junggesellen-Sodalität war der älteste Verein in der Stadt Fulda. 1889 feierte er sein 300jähriges Bestehen. Vgl. Hartmann: Zeitgeschichte von Fulda (wie Anm. 8), S. 231f. Vgl. hierzu Josef Mooser: Das katholische Vereinswesen in der Diözese Paderborn um 1900, in: Westfälische Zeitschrift 141 (1991), S. 447-461 sowie ders.: Milieu (wie Anm. 86).

88 Vgl. Schematismus des Bistums Fulda 1904, Fulda 1904.

Milieureformierung. Dies galt im wesentlichen für alle sozialen Gruppen: Die Gesellen- und Arbeitervereine, der mittelständisch orientierte Katholische Kaufmännische Verein (KKV), die Bauernvereinsgründungswelle in den 1890er Jahren sowie der Volksverein reagierten auf soziopolitische Problemlagen des Katholizismus. Zwei soziale Gruppen traten in den Vereinsgründungen seit der Mitte der 1880er Jahre besonders hervor: die Arbeiter und die Bauern. Die ältesten Arbeiterorganisationen waren die Gesellenvereine. Sie verfolgten über sozial-karitative Maßnahmen hinaus das Ziel, Anlaufstellen für abgewanderte katholische Arbeitskräfte zu bieten, um so die katholische Lebensweise unter den Bedingungen der beruflichen Mobilität vom Land in die Stadt zu stabilisieren. Die Programmatik der Kolpingbewegung blieb vornehmlich auf Erziehungs- und Bildungsarbeit ausgerichtet und weniger auf soziale Interessenvertretung. Die ersten Gründungen erfolgten in den städtischen Ballungsräumen, etwa 1855 in Fulda, 1863 in Hünfeld und 1868 im frühindustrialisierten Frankfurt-Bockenheim. Um die Jahrhundertwende ging die katholische Gesellenbewegung von den Städten auf das Land.<sup>89</sup> Die Motive für diese Trendumkehr legte der Generalpräses der katholischen Gesellenvereine im Herbst 1909 in einem Schreiben an den Bischof von Fulda dar:

»In den Gesellenvereinen der größeren Städte der angrenzenden Diözesen sowie denen von Rheinland und Westfalen ist es bekannt, daß es wenige deutsche Diözesen gibt, aus denen eine so starke Abwanderung junger Handwerker stattfindet als gerade aus der Diözese Fulda. So kommen z.B. jeden Sommer *zahlreiche* Mauregesellen aus der Rhön nach Frankfurt, Mainz, Elberfeld, Duisburg, Ruhrort, in's rheinisch-westfälische Industriegebiet, um dort Arbeit zu suchen; soweit dieselben in der Heimat den Gesellenverein kennengelernt haben, auf ihn aufmerksam gemacht worden sind, treten sie an ihrer Arbeitsstätte unseren Vereinen bei, finden in unseren Gesellenhäusern Unterkunft und damit Schutz vor der Verführung der großen Städte.«

Die große Sorge des katholischen Verbandsoberen richtete sich auf die sozialistische Arbeiterbewegung. Da die wandernden Gesellen die Institution der Gesellenvereine nicht kennen würden, »und weil sie in der Großstadt keinen Anschluß an den Gesellenverein finden, fallen sie der Sozialdemokratie in die Hände.«<sup>90</sup> Die antisozialistische Strategie der Verbandsleitung bewirkte einen Schub von Vereinsgründungen vor Ort in

89 Zur Entwicklung der katholischen Gesellenvereine in der Diözese Fulda vgl. die milieurevergleichende Studie von *Siegfried Weichlein*: Sozialmilieus und politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich, Diss. Freiburg i.Br. 1992, S. 168ff.

90 Schreiben des Generalpräses Msgr. Schweitzer an den Bischof von Fulda vom 25.9.1909 in: Bistumsarchiv Fulda Best. 455 Nr.02 Fasc.1. (Hervorhebung im Original).

den einzelnen Pfarrgemeinden. Sie macht deutlich, daß die in der Einleitung dieses Bandes angeführte Trennung zwischen Mikro-, Meso- und Makromilieus letztlich nur eine heuristische sein kann, da übergeordnete Zielsetzungen ein koordiniertes Vorgehen quer zu lokalen und regionalen Traditionen nahelegten. Auch in dieser Hinsicht war Fulda also Teil des katholischen Makromilieus.

Ähnliches zeigte sich bei den Arbeitervereinen.<sup>91</sup> Die Industriebevölkerung Ostthessens konzentrierte sich auf die Stadt Fulda selbst, einige ihrer umliegenden Gemeinden sowie das Kaligebiet um Neuhof. In diesen Gemeinden wurden zwischen 1890 und 1900 die ersten katholischen Arbeitervereine gegründet. Auf auswärtiges Einwirken hin wurde 1887, mithin also zehn Jahre nach dem KKV, der Katholische Arbeiterverein in Fulda gegründet. Die Arbeitervereine waren von Anfang an integrierter Bestandteil des katholischen Verbandswesens, betrieben also nicht in erster Linie soziale Interessenvertretung. Ihre Satzungen zielten auf die kulturelle Integration ihrer Mitglieder in das katholische Milieu: Förderung der Religiosität und Sittlichkeit der Mitglieder, soziale Hebung des Arbeiterstandes sowie die Pflege der Freundschaft und des geselligen Lebens unter den Mitgliedern. Dieser sozialen Harmonieparole kam entgegen, daß vier Fuldaer Fabrikanten, die gleichzeitig der Männergesellschaft MN angehörten, zu ihren ersten außerordentlichen Mitgliedern zählten. Ende 1910 zählten die 29 Arbeitervereine im Landkreis Fulda 2.426 Mitglieder. Am Jahresbeginn 1912 existierten in der Diözese Fulda (ohne die 1929 zu Limburg geschlagenen Teile) 51 Vereine mit 4.027 Mitgliedern und über 1.750 Lesern der »Westdeutschen Arbeiterzeitung«.<sup>92</sup> Um 1900 entstanden im Fuldaer Bistum die christlichen Gewerkschaften. 1899 begannen die Textilarbeiter sich zu organisieren, 1900 folgten die Bau- und die Metallarbeiter. 1902 schlossen sich diese Verbände zum Christlichen Gewerkschaftskartell zusammen. Bis auf den Verein in Bad Orb standen sie im »Gewerkschaftsstreit« auf Seiten der Mönchengladbacher Richtung. Die sozialistischen Gewerkschaften kamen bis 1914 im Fuldaer und Hünfelder Land nicht über

91 Zur Entstehung und Verbreitung der Arbeitervereine in der Diözese Fulda vgl. *Weichlein*: Sozialmilieus (wie Anm. 89), S. 122-128.

92 Vgl. *Eugen Hahner*: Der Arbeiterarmut wirksam begegnet. Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Fuldaer Land bis zum Jahre 1914, in: Jahrbuch des Landkreises Fulda 1977, S. 180f., S. 183. Eine den Arbeitervereinen vergleichbare Zielsetzung hatten die St. Josefsvereine für die katholischen Arbeiter in den größeren Pfarreien, die neben ihren kirchlich-religiösen Aufgaben bei der Gründung von Kohleinkaufsgenossenschaften und beim Bau von Arbeiterwohnungen mitwirkten. Darüber hinaus gab es andere Arbeiterorganisationen mit ähnlichen Zielsetzungen: Männervereine, Männer- und Arbeitervereine oder »Bürgervereine«. Vgl. 50 Jahre Diözesanverband der K.A.B. im Bistum Fulda, Fulda 1953, S. 10.

200 Mitglieder hinaus. Die katholischen Arbeiterorganisationen stellten eine wirksame Barriere gegen das Vordringen der sozialistischen Arbeiterbewegung dar.<sup>93</sup>

Als Reaktion auf die Agrarkrise entstand die populistische Bauernvereinsbewegung im Fuldaer Land um 1890.<sup>94</sup> Diese reagierte gleichzeitig auf die Stimmengewinne der Konservativen und die Herausforderung durch die großagrarische Interessenorganisation des »Bundes der Landwirte«, später dann auch auf die zunehmende Wahlenthaltung der ländlichen Bevölkerung bei den Reichstagskandidaturen des Fuldaer Industriellen Richard Müller. Eine zentrale Rolle spielten dabei ultramontane Geistliche und der Trierer Kaplan Friedrich Dasbach, der den Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld von 1893 bis 1898 im preußischen Abgeordnetenhaus vertrat.<sup>95</sup> Die Bauernvereinsbewegung nahm in der stark agrarischen Rhön seit 1883 angetrieben durch verschiedene geistliche Propagandisten einen großen Aufschwung.<sup>96</sup> Anfänglich lokale Organisationsformen wurden 1891 durch eine »Centralstelle«, die für den gesamten Regierungsbezirk Kassel zuständig war, überwölbt.

Diese Vereine für die unterschiedlichen sozialen Schichten rechneten aufgrund der Vorliebe für ständische Sozialbezeichnungen unter die Berufsstandesvereine. Daneben existierte weiterhin eine breite Palette von im engeren Sinne religiösen Vereinen (Bruderschaften, Kongregationen, Gebetsvereine, Dritte Orden und Missionsvereine), caritativen Vereinen (Vincenz- und Elisabethvereine) und Vereinen für »Lebens- und Naturstände« und solchen für Bildungs- und Kulturpflege. Diese Vereine waren nach dem Pfarreiprinzip tief gestaffelt und hatten eine große soziale Reichweite. Ihre organisatorische Nähe zum kirchlichen Apparat äußerte sich im Prinzip der geistlichen Führung. Viele Vereine konnten direkt an den sonntäglichen

93 Vgl. *Hahner*: Arbeiterarmut (wie Anm. 92), S. 183f. Die sozialistischen Gewerkschaften hatten 1906 im Landkreis Fulda 28, in den überwiegend katholischen Landkreisen Gersfeld und Hünfeld überhaupt keine Mitglieder. Vgl. *Paul Hirschfeld*: Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896-1906, Jena 1908, S. 277. Zur Entstehung der christlichen Bauernvereine vgl. *Weichlein*: Sozialmiliteus (wie Anm. 89), S. 202ff.

94 Dasbach war als Gründer der Paulinusdruckerei in Trier und besonders als Präsident des Trierischen Bauern- und Winzervereins hervorgetreten. Zu dem im Kulturkampf radikal gewordenen »Preskaplan« Friedrich Dasbach vgl. *Hubert Thoma*: Georg Friedrich Dasbach, Priester - Publizist - Politiker, Trier 1975; *Ulrich Fohrmann*: Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich. Leben und Werk des Pressekaplans Georg Friedrich Dasbach, Trier 1977; *Karl Josef Rivinius*: Sozialpolitische Wirksamkeit des Preskaplans Georg Friedrich Dasbach, (1846-1907), in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 21 (1980), S. 23-262.

96 Vgl. Bauernstimme. Organ des Kurhessischen Bauernvereins 5 (1928), S. 128. Der Initiator der Bauernvereinsbewegung im Hünfelder Land Dechant Engel galt als »streng ultramontan«. Vgl. *Jestaedt*: Kulturkampf (wie Anm. 8), S. 56, S. 122, S. 168, S. 179.

Mießbesuch anknüpfen und ihre Mitglieder versammeln. Im katholischen Vereinswesen trug im wesentlichen eine dünne Organisationselite die Alltagsarbeit.

#### 4. Zusammenfassende Thesen

1. Das 19. Jahrhundert brachte für die Katholiken Fuldas in mehrerer Hinsicht Traditionsbrüche und Diskontinuitäten mit sich: die kirchliche Organisation mußte nach der Säkularisation und Neuerrichtung des Bistums völlig neu aufgebaut werden. Die politische Einbindung in einen protestantisch dominierten Territorialstaat führte zu Konflikten mit der staatskirchlichen Integrationsabsicht des Landesherren. Die wirtschaftliche Modernisierungsstrategie der neuen preußischen »Herren« seit 1866 verunsicherte weite Teile des wettbewerbsgewohnten Mittelstandes. Schließlich veränderten die zunehmende räumliche Mobilität und die in Fulda erst gegen Ende des Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung die traditionellen Sozialstrukturen. Für die lange Persistenz und Konsistenz des katholischen Sozialmiliteus in Fulda blieb entscheidend, daß sich die unterschiedlichen Herausforderungen über einen längeren Zeitraum erstreckten, so daß es die Chance zu jeweils angepaßten Reaktionsmustern fand.

2. Auf die innere Disparität nach der Bistumsneugründung 1821 und die territorialstaatliche Herausforderung antwortete die Bistumsleitung mit Schritten der zielstrebigsten Autonomisierung und Homogenisierung, die sich in der Durchsetzung geistlicher Herrschaft nach den klassischen Mustern der Traditionalisierung (Verkirchlichung von Volksreligion), Charismatisierung (neue ultramontane Frömmigkeitsformen) und Rationalisierung (Ausbau kirchlicher Institutionen und Bürokratie) niederschlug. Im komplexen Homogenisierungsprozeß können mindestens vier Subprozesse unterschieden werden: die Zentralisierung, die Bürokratisierung, die Ultramontanisierung und die Klerikalisierung des Fuldaer Katholizismus. Dabei folgten die beiden letztgenannten Vorgänge auf die erstgenannten und waren zeitlich und sachlich miteinander verklammert.

Die Zentralisierung bzw. Autonomisierung berührte den ältesten Konflikt des Fuldaer Katholizismus mit dem evangelischen Territorialherren. Die Einbindung des traditionell selbständigen Fulda in den kurhessischen Staatsverband mißlang zu großen Teilen, zumal die Kraft

ökonomischer Homogenisierungsprozesse fehlte. Unter Mobilisierung regionaler Traditionen gelang es der Fuldaer Bistumsleitung, die Bistumsangehörigen entlang der konfessionellen Trennlinie zu homogenisieren. Ein entscheidendes Mittel hierbei stellten die neuen kirchlichen-seits geförderten Frömmigkeitsformen (Herz-Jesu Kult und Bonifatiusverehrung) sowie die zielgerichtete Reform der Klerikerausbildung und -rekrutierung dar. Die relativ weit fortgeschrittene binnenkirchliche Repräsentation aller Schichten und Bistumsregionen stand im Kontrast zur fehlenden politischen Partizipation im Territorialstaat bis 1866 und danach in Preußen. Die Kirche erreichte durch den »plebejischen Klerus«, die soziale Mobilität im Priesterberuf und die Berücksichtigung selbst entlegener Diasporagebiete selbst auf der Ebene amtskirchlicher Repräsentation einen gleichsam plebiszitär-demokratischen Vorsprung vor dem partizipationsverweigernden staatlichen Pendant. Dieser Prozeß einer »widerspruchsvollen Erweiterung bzw. Veränderung des »liberalen Modells bürgerlicher Öffentlichkeit« setzte sich auf der Ebene katholischer Repräsentation fort.<sup>97</sup> Der Integrationsprozeß des Katholizismus verlief erfolgreicher als der des Territorialstaates. Geistliche Herrschaft im kirchlichen Raum war nicht nur traditionell, charismatisch und rational, sondern gleichzeitig über plebiszitäre Mechanismen abgesichert.

Diese Momente schlugen sich in der Funktion und im Selbstverständnis des Klerus nieder. Die neuen kirchlichen Eliten kennzeichnete eine vergleichsweise niedere Herkunft und eine stramm ultramontane Gesinnung, mithin eine erfolgversprechende Mischung aus Gebundenheit und Autonomie, die ihre Parolen volksnah, ihre politische Einstellung kirchentreu und ihre Stellung dank kirchlicher Absicherung schwer angreifbar machte.

Diese Entwicklung deutet gleichzeitig darauf hin, daß weniger ökonomische Interessenlagen als vielmehr religiös-kirchliche Prozesse ausschlaggebend waren für die Binnenkonstitution des katholischen Milieus. Von einer Milieukoalition konnte im wirtschaftlich strukturschwachen osthessischen Raum schon deswegen keine Rede sein, weil die Milieuformation in eine im wesentlichen vorindustrielle Zeit fiel, deren Konflikte sich deutlich von denjenigen sozialer Konflikte unterschieden. Die Milieukoalitionstheorie kann daher schwerlich für den gesamten deutschen Katholizismus als Makromilieufeld verallgemeinert werden.

97 Josef Mooser: Volk, Arbeiter und Bürger in der katholischen Öffentlichkeit des Kaiserreiches, in: H. J. Puhle (Hg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft - Politik - Kultur, Göttingen 1991, S. 259-273, S. 266 zeigte dies anhand einer Untersuchung der Katholikentage.

meint werden.<sup>98</sup> Sie sollte räumlich differenziert und für diejenigen - freilich nicht sehr häufigen Fälle - diskutiert werden, wo Industrialisierung und Milieuformation zeitlich zusammenfielen. Die Konsistenz eines katholischen Sozialmilieus scheint nicht zuletzt davon abzuhängen, ob es in seiner Formationsphase »anindustrialisiert« war.

Wie schon die katholische Wählerschaft scheint der Klerus mindestens ebenso sehr Produkt des katholischen Milieus zu sein wie dessen Motor. Dafür spricht auch, daß der enorme Zuwachs im Diözesanklerus in die Blütezeit des katholischen Milieus fällt, also in die Jahre zwischen 1890 und 1914. Zwischen 1889 und 1919 wuchs der Klerus um etwa zwei Drittel von 156 auf 254 Priester an. Besonders stark waren die Weihejahrgänge zwischen 1900 und 1909, als etwa ein Drittel des Klerus von 1919 geweiht wurde.

3. Die vorgängige innerkirchliche Homogenisierung des Fuldaer Katholizismus in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts bereitete den Resonanzboden, der in den politischen Auseinandersetzungen der Reichsgründungszeit zum Schwingen gebracht wurde. Gleichzeitig verstärkten die preußische Annexion und der Kulturkampf die innerkirchliche Homogenisierung.

Es lassen sich grob drei Phasen der Politisierung des Milieus unterscheiden: die Phase der Konfrontation mit dem politischen Liberalismus, dem die Mobilisierung breiter ländlicher und städtischer Unterschichten den politischen Atem raubte und ihn zwischen Katholizismus und preußisch-obrigkeitlichem Staat zerrieb. Nach 1879 resignierte der ehemals schwache politische Liberalismus auch in Fulda. Seine Rolle übernahmen in den 1880er Jahren die Konservativen mit der Folge, daß sich der politische Katholizismus und ehemals liberale wirtschaftsbürgerliche Schichten in Fulda wieder annäherten. Die gegenseitige politisch-soziale Rückversicherung führte zur Kompromißkandidatur des Fuldaer Industriellen Richard Müller für den Reichstag und garantierte dem Zentrum auf absehbare Zeit die strukturelle Mehrheitsfähigkeit.

Die Lagertheorie der politischen Parteien im Kaiserreich kann auf ad-hoc-Koalitionen verschiedener liberaler, nationaler und konservativer Gruppen besonders in Stichwahlen verweisen.<sup>99</sup> Dies läßt sich in gewissem Umfang auch im Fulda der Bismarckzeit nachweisen. Indessen scheint die Lagerbildung aus dem Widerstand gegen eine übermächtige

98 So auch der Tenor bei Antonius Liedhegener: Marktgesellschaft und Milieu. Katholiken und katholische Regionen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches 1895-1914, in: Historisches Jahrbuch 112 (1993), S. 283-354.

99 Vgl. hierzu Rohde: Wahlen (wie Anm. 1), S. 64-69.

Zentrumspartei erwachsen zu sein und der Einsicht zu entspringen, nur noch gemeinsam überhaupt irgendeine Chance gegen den politischen Katholizismus zu haben. Wenig spricht hingegen für eine substantiierte politische Gemeinsamkeit im »nationalen Lager«, die über die gemeinsame Opposition gegen das Zentrum hinausgeht. Dagegen spricht auch, daß sich die ehemals liberalen Kräfte nach 1890 in den politischen Katholizismus einbinden ließen.

4.

Den aufbrechenden sozialen Interessen im Gefolge der Hochindustrialisierung wies das katholische Sozialmilieu die konfessionellen Ständesvereine als legitimen Ort der Interessenartikulation zu. Dem katholischen Milieu gelang es in der Phase der Industrialisierung, die aufkommenden sozialen Interessen religiös-kirchlich in einer Vielzahl von kirchlichen Vereinen, durch Feindbilder, Außenabgrenzung und durch reale Binnenrepräsentation bei ansonsten geringer Partizipation auf staatlicher und politischer Ebene in Preußen und im Reich einzubinden. Dem organisierten Vereinskatholizismus kam dabei die entscheidende Funktion der sekundären Integration zu. Dadurch gelang die homogene Repräsentation des Katholizismus nach außen in den weiterhin hohen Zentrumswahlerfolgen nach 1890, auch wenn das Niveau der Kulturkampfzeit nicht mehr erreicht wurde. Diesem politischen Erfolg, aber auch der erfolgreichen Adaption an industriengesellschaftliche Prozesse lag die Trennung von Binnen- und Außenrepräsentation zugrunde. Sie verschaffte dem Milieu eine hohe Geschlossenheit nach außen mit der Möglichkeit des pazifizierenden Konfliktaustrags im Inneren oder – wie im Falle der populistischen Bauernvereine der 1880er und 1890er Jahre – der Ableitung dieser Spannungen nach außen bis hin zu antisemitischen Ausfransungen. Der neue Gegner aber war weniger der Liberalismus, sondern vielmehr die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich um die Jahrhundertwende ihrerseits als ausdifferenziertes Milieu konstituierte.